

de



Europäische Union
Regionalpolitik

info regio

panorama

| Nr. 19 | April 2006 |



**Städte für Wachstum,
Beschäftigung und Zusammenhalt**

Stadtentwicklungsmaßnahmen der Strukturfonds

Inhalt

Städte für Wachstum, Beschäftigung und Zusammenhalt

Europa braucht seine Städte

Städte können ganz erheblich zur Entwicklung von Gemeinschaften, von kultureller Identität, von Bürgergesellschaft und zum sozialen Zusammenhalt beitragen.

Augenzeugen berichten: Europäisches Parlament

Welche Perspektiven für die Stadtentwicklung?

Der neue Programmplanungszeitraum der europäischen Fonds (2007-2013) wird eine bedeutende städtische Komponente beinhalten.

EFRE und Kohäsionsfonds in Aktion: Ungarn, die Niederlande, Slowenien, Portugal

Augenzeugen berichten: Spanien

Reportage: Viertel im Aufbruch

Die URBAN-Programme machen die betroffenen Viertel wieder attraktiv und dynamisch und erfüllen ihre Bewohner mit Stolz und Optimismus. Leipzig und Dortmund zeigen, wie es geht.

URBAN II in Aktion: Frankreich, Vereinigtes Königreich, Belgien, Irland

Augenzeugen berichten: Schweden

Augenzeugen berichten: Tschechische Republik

URBAN II in Aktion: Österreich, Italien, Griechenland, Finnland

Fotos (Seiten): Europäische Kommission (1-4-5-6-8-9-10), URBAN II Gijon (14), URBAN II Leipzig, Dortmund (15-16-17), MASPD (20)

Umschlag: Ein neues Stadtverkehrsnetz in Santa Cruz (Kanarische Inseln, Spanien)

Redaktionelle Beiträge zu dieser Ausgabe:
Pierre Ergo, Alexander Ferstl, Sylvie Harburger, Jean-Luc Janot, Daniel Mouque.

Diese Zeitschrift erscheint in gedruckter Form in Englisch und Französisch auf Recyclingpapier.

Das Themendossier ist auf der Website
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm in 19 Amtssprachen der EU verfügbar.

Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.

3



7



8



13

14



15



18

19



20



21

Kohäsionspolitik und Städte in Europa

Europa braucht seine Städte

Von Michael Parkinson ⁽¹⁾

Städte werden zunehmend nicht mehr als Passivposten, sondern als Triebkräfte der nationalen und regionalen Wirtschaft betrachtet – als „Reichtum der Nationen“. Doch Städte sind mehr als nur ein wirtschaftliches Gut, mehr als bloße Marktplätze. Sie können ganz erheblich zur Entwicklung von Gemeinschaften, von kultureller Identität, von Bürgergesellschaft und zum sozialen Zusammenhalt beitragen.



Die Zschochersche Straße in Leipzig wurde dank URBAN wieder zu einer belebten Verkehrsader.

Es sind spannende Zeiten für Städte. Gegenwärtig wird eine große Debatte über ihre Bedeutung für den Erfolg der einzelnen Länder und Europas im Ganzen geführt. Nach einer Zeit des Übergangs haben zahlreiche Städte während des letzten Jahrzehnts begonnen, neue wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Funktionen zu entwickeln. Viele haben Vorzüge, aufgrund derer sie in einer zunehmend globalisierten Welt bedeutsamer – und nicht bedeutungsloser – werden. Manche sind Mittelpunkte strategischer Entscheidungsprozesse, des Austauschs und der Kommunikation. In zahlreichen Städten konzentrieren sich geistige Ressourcen in Universitäten und Forschungseinrichtungen, die für ein hohes Innovationsniveau sorgen. Vielen ist es gelungen, vor allem ihre Zentren zu erneuern, die nun ein beeindruckendes Angebot an Büro- und Wohnraum und Einzelhandelsgeschäften aufzuweisen haben. Viele verfügen über beachtliche kulturelle Ressourcen, die sich in steigendem Maße als Quelle für Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erweisen. Doch trotz ihres integrativen Potenzials sind viele Gemeinden und Personen in vielen Städten nach wie vor vom wirtschaftlichen und sozialen Mainstream ausgeschlossen. Die Entwicklung wirtschaftlich wettbewerbsfähiger und nachhaltiger Städte mit sozialem Zusammenhalt ist und bleibt für uns alle in Europa eine Herausforderung.

Diese breitere Debatte über die Zukunft der Städte findet ihren Widerhall in der derzeit laufenden Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik in der Europäischen Union. Wäh-

rend des vergangenen Jahrzehnts wurde den Städten in der Regionalpolitik der EU mal mehr, mal weniger Bedeutung beigemessen. Manchmal wurden sie in den Vordergrund gestellt, manchmal eher vernachlässigt. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass sie in der letzten Zeit an die Spitze der politischen Agenda der Union aufgestiegen sind. Dies kommt beispielsweise in der Beschlussfassung des Europäischen Rates 2005 zu Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion, den Schlussfolgerungen der informellen EU-Ministertagungen in Rotterdam 2004 und in Bristol 2005 sowie in politischen Grundsatzserklärungen des Parlaments des Jahres 2005 zum Ausdruck und wurde auch durch politische Dokumente des Ausschusses der Regionen, des Netzwerks EUROCITIES und einer Reihe von EU-Konferenzen – vor allem 2004 in Noordwijk (NL) – unterstrichen. Sie alle haben auf ihre Weise die Bedeutung der Städte für den Erfolg ihres Landes und für Europa unterstrichen sowie ihr Profil und ihre politische Bedeutung erhöht.

Doch das Schlüsseldokument, das gewährleistet, dass Städte in den kommenden Monaten weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda stehen, ist das kürzlich von der Europäischen Kommission vorgelegte Papier zum Thema Kohäsionspolitik und Städte². Dies ist eine entscheidende Absichtserklärung, die im nächsten Jahrzehnt die Zukunft der Städte Europas gestalten könnte. Es kommt nun darauf an, dass sein Inhalt umfassend diskutiert und, so meine ich, angenommen wird. Im Rest dieses Artikels werden die wesentlichen in dem Dokument enthaltenen Ideen und Vorschläge kurz umrissen.

⁽¹⁾ Professor Michael Parkinson, Direktor, European Institute for Urban Affairs, John-Moores-Universität Liverpool. m.h.parkinson@ljmu.ac.uk

⁽²⁾ Kohäsionspolitik und Städte: der städtische Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen. Europäische Kommission, 2006.



Das neue technische Institut der FH JOANNEUM in Graz West (Österreich) auf einem ehemaligen Industriegelände, das sich mithilfe von URBAN in einen Hightech-Komplex wandelte.

Kohäsionspolitik, Städte und ihr Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen

Dieses wichtige Papier verfolgt gleich zwei Ziele: die Vervollständigung der gemeinschaftlichen strategischen Leitlinien für 2007-2013 durch die Hervorhebung der darin enthaltenen städtischen Dimension und die Empfehlung grundlegender Vorschläge zur Unterstützung der Strukturfondsvorbereitung. Die Kommission möchte, dass sich die Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung der neuen Kohäsionspolitik auf das Dokument stützen, und legt besonderen Wert darauf, dass die örtlichen Behörden intensiv an dieser Vorbereitung beteiligt werden. Das Papier ist eine Mischung aus allgemeinen politischen Ambitionen, wichtigen Durchführungsprinzipien und spezifischen politischen Maßnahmen. Es geht im Wesentlichen auf drei Hauptbereiche ein. Erstens legt es dar, warum Städte für Europa wichtig sind, wobei die Bedeutung einer nachhaltigen städtischen Entwicklung für die europäische Regionalpolitik unterstrichen wird. Zweitens nennt es vier politische Kernzielsetzungen für Städte in Europa. Und drittens führt es spezifische Mittel und Wege auf, um diese allgemeinen Ziele in zwei Bereichen – Finanz und Governance – zu verwirklichen. Dieser Bericht geht der Reihe nach auf diese verschiedenen Punkte ein.

Nachhaltige Stadtentwicklung ist wichtig für die europäische Regionalpolitik

Städte haben viele der Qualitäten, die einer erfolgreichen und modernen wissensgestützten Wirtschaft zugrunde liegen: Kreativität, Innovation, Kultur und Unternehmertum. Erfolgreiche Städte sind beispielsweise entscheidend, um qualifizierte Arbeitskräfte – eine Voraussetzung in einer wettbewerbsfähigen globalen Wirtschaft – anzuziehen. Ebenso entscheidend sind sie für die Verbesserung der regionalen Leistung. Es gibt in Europa nicht eine einzige erfolgreiche Region, in deren Mitte sich erfolglose Städte befinden. Richtig verwaltet, können Städte zu einem nachhaltigeren Wachstum und einer nachhaltigeren Umwelt beitragen. Und wenn sie intensiver zusammenarbeiten und mit ihren Nachbarregionen und anderen Städten strategische Bündnisse aufbauen, können sie kontraproduktiven Wettbewerb verringern und zu einem ausgewogeneren Entwicklungsmuster in Europa beitragen.

Welche Art von Städten sollte Europa zu schaffen versuchen?

In dem Papier werden vier breite politische Ziele für Städte genannt: Sie sollen attraktiver werden, mehr zu Innovation, Unternehmertum und der wissensgestützten Wirtschaft

beitragen, mehr und bessere Arbeitsplätze hervorbringen, und das soziale Gefälle in ihnen soll verringert werden.

Attraktive Städte schaffen

In dem Papier wird betont, dass wir uns auf vier Punkte konzentrieren müssen, um die Städte attraktiv zu machen: Verkehr, Erreichbarkeit und Mobilität; Dienstleistungsqualität; Umweltqualität und Kulturangebot.

Verkehr, Erreichbarkeit und Mobilität

Die wichtigste Aufgabe besteht darin, den Städten zu helfen, für die weiteren Märkte in Europa und darüber hinaus besser erreichbar zu werden und ihre interne Mobilität zu erhöhen. Daher tritt das Papier dafür ein, dass die Partner auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene Folgendes fördern sollten: gute Anbindungen an wichtige Flughäfen und an die wichtigsten Verkehrsachsen; mehr bezahlbare, effiziente und wirksame öffentliche Verkehrsmittel; Alternativen oder umweltfreundlichere Formen der Beförderung; erhöhte Mobilität und besserer Zugang für Personen, die kein Auto besitzen.

Fairer Zugang zu Dienstleistungen und Einrichtungen hoher Qualität

Qualitätsdienstleistungen machen Städte attraktiver und lebenswerter, bieten Beschäftigungsmöglichkeiten und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskräfte. Daher müssen Städte Folgendes bereitstellen: effiziente und bezahlbare Dienste im Gesundheits-, Sozial-, Ausbildungs- und Verwaltungsbereich; Kinderbetreuungsangebote, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern; Dienste hoher Qualität im gesamten Stadtgebiet sowie Zugang für Einwanderer und kulturell benachteiligte Gruppen.

Gute natürliche und physische Umgebung

Die Städte müssen die mit der Zersiedlung einhergehenden Herausforderungen der Umweltdegradation in Angriff nehmen. In diesem Kontext müssen sie die Regeneration von nicht mehr genutztem Gelände und den Schutz von Bauerschließungsgelände in unbewohnten Gebieten fortsetzen; die Bodennutzung und andere Politikbereiche auf verschiedenen Regierungsebenen koordinieren; in physische Infrastrukturen und aktives Verkehrsmanagement investieren und Energieeffizienz fördern.

Das Kulturangebot verbessern

Die Bedeutung „weicher“ Standortfaktoren für Investitionsentscheidungen des Privatsektors wie auch für die Standortwahl hoch qualifizierter und potenziell mobiler Arbeitskräfte nimmt zu. Kultur und Tourismus sind auch wichtige potenzielle Quellen für Beschäftigung. Kultureinrichtungen tragen außerdem erheblich zum Aufbau der Bürgergesellschaft und der kulturellen Identität bei. Städte müssen daher ein reges Kulturleben fördern, einschließlich der Bereitstellung von Einrichtungen und der Organisation von kulturellen und gesellschaftspolitischen Veranstaltungen, um innerhalb von Communities und Stadtvierteln sowie zwischen ihnen Brücken zu schlagen.

Innovation, Unternehmertum und die wissensgestützte Wirtschaft fördern

In diesem Bereich wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit fällt Städten eine entscheidende Rolle zu. Sie müssen für ein stimulierendes Umfeld für Innovation und Wirtschaft sorgen; die öffentliche Verwaltung vereinfachen und die Vernetzung zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und dem Privatsektor unterstützen.

KMU helfen

Zu diesem Zweck müssen die Städte die allgemeine wirtschaftliche Infrastruktur des Gebiets verbessern; Unter-

nehmen Beratungs- und Unterstützungsdienste verfügbar machen; die Vernetzung zwischen Wirtschaftspartnern fördern; den Zugang zu Finanzierung verbessern und die Herausforderungen in Angriff nehmen, mit denen junge und weibliche Unternehmerinnen und ethnische Minderheitengruppen konfrontiert sind.

Innovation und die wissensgestützte Wirtschaft

Die Städte müssen durch die Verbesserung der Lebensqualität in dem Gebiet potenziell mobile Arbeitskräfte anziehen; sich bei der Vorbereitung innovativer Strategien für die gesamte Region an die Spitze setzen; das Angebot an FTE und Bildung effizienter und für KMU zugänglicher machen; Networking zwischen Universitäten, Regierung und dem Privatsektor fördern; eine integrierte Informationsstrategie entwickeln und Öko-Innovations- und Umweltmanagementsysteme einführen.

Mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen

Städte bergen enorme wirtschaftliche Chancen, aber auch enorme soziale Herausforderungen. Hier leben überdurchschnittlich viele Menschen mit hohen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen, aber auch mehr Personen, denen es an beidem mangelt. Städte werden von strukturellen Kräften und makroökonomischen Politiken beeinflusst, über die sie kaum Kontrolle haben. Und doch müssen sie jede Gelegenheit nutzen, die sich bietet. Alle Partner auf allen Regierungsebenen müssen bei der Antizipation des Wandels und seiner Bewältigung zusammenarbeiten. Die Städte sollten Partnerschaften zwischen wichtigen Wirtschafts- und Sozialakteuren aufbauen. Und sie müssen tun, was in ihren Kräften steht, um die Beschäftigungsfähigkeit ihrer schwächsten Gruppen zu fördern.

Durch allgemeine und berufliche Bildung die Beschäftigungsfähigkeit verbessern

Hier stehen die Städte vor folgenden Aufgaben: die Entwicklung von Systemen für lebenslanges Lernen unterstützen; Ausbildung von hoher Qualität bereitstellen und mehr in die Lerninfrastruktur investieren; auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen unterstützen; qualifizierte Arbeitskräfte und Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich anziehen und Ausbildungs- und Integrationsprogramme entwickeln, um ausgegrenzte Personen auf den Arbeitsmarkt zu bringen und ihren Unternehmergeist zu wecken.

Die Unterschiede zwischen den Städten verringern

Trotz ihres gewaltigen Wirtschaftspotenzials finden sich in den meisten europäischen Städten Gebiete und Gemeinschaften, die vom wirtschaftlichen Mainstream ausgeschlossen sind. Wie das kürzlich vorgenommene Städteaudit zeigte, sind ethnische Minderheiten, Frauen und junge Leute besonders stark betroffen. Um diese Herausforderungen anzugehen, müssen die Städte soziale Einbeziehung und Chancengleichheit fördern und gleichzeitig die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger erhöhen.

Soziale Eingliederung und Chancengleichheit fördern

In diesem Bereich sieht die Kommission die Herausforderung für Städte und Partner darin, die Eingliederung von Einwanderern durch Sprachkurse und allgemeinere Ausbildung zu fördern; Kommunalbehörden, Schulen und die lokale Gemeinschaft zur Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche anzuregen; die sozialen Dienste zu verbessern, um Kinderarbeit entgegenzutreten und eine Zunahme der Zahl von Straßenkindern zu verhindern; Qualifikationen und Bildungsabschlüsse der Frauen zu verbessern und es ihnen ermöglichen, auf dem Arbeitsmarkt eine Chance zu haben oder ein Unternehmen zu gründen,

den, und für Frauen, die wieder eine Beschäftigung aufnehmen möchten, Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen.

Mehr Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger

Aus dem Städteaudit ging hervor, dass die Verbrechensraten und die Angst vor Kriminalität in Städten höher sind als anderswo. Die Wahrnehmungserhebung im Rahmen des Städteaudits machte auch deutlich, dass mehr Sicherheit in den Augen von Investoren und Bewohnern ein entscheidender Faktor für die Attraktivität einer Stadt ist. In diesem Bereich sollten Städte nach Auffassung der Kommission ein gemeinsames und proaktives Konzept zur Reduzierung von Straftaten verabschieden, einschließlich der Planung, Konzeption und Pflege öffentlicher Räume, um Kriminalität zu verbannen; besonderes Gewicht sollte auf gefährdete Jugendliche gelegt werden und vor allem potenzielle Straftäter schon am Beginn ihrer „Karriere“ gefasst werden. Es sollten lokale Arbeitsplätze im Sicherheitsbereich geschaffen und „professionalisiert“ werden und dabei sollten die Einwohner einbezogen werden. Beispielsweise könnten Mediatoren, kommunale Sicherheitsbeauftragte und Polizeiassistenten eingesetzt werden.



Guimarães (Portugal): ein Stadtzentrum wurde erneuert, um Tourismus, Kultur und KMU anzuziehen.

Wie werden wir erfolgreiche Städte schaffen?

Es reicht natürlich nicht, sich erfolgreiche Städte zu wünschen und auszumalen. Wir müssen Mittel und Wege finden, sie zu verwirklichen. Geld und Entscheidungsfindung spielen dabei eine Rolle. Was empfiehlt die Kommission?

Finanzierung der städtischen Erneuerung

Das Papier hat viel zu den Methoden der Finanzierung städtischer Entwicklung zu sagen. EU-Fördermittel haben durch Investitionen in Verkehr, Abfallbewirtschaftung, Bildung und Ausbildung, Informationstechnologie und Kommunikationsnetze bereits zahlreiche harte und weiche Infrastrukturen unterstützt. Die Europäische Investitionsbank (EIB) zum Beispiel bewilligte 2004 Darlehen im Wert von 3,2 Milliarden Euro für Stadterneuerungsmaßnahmen und sozialen Wohnungsbau sowie 2,3 Milliarden Euro für Projekte im Bereich des Stadtverkehrs.

Entwicklung von Finanzierungstechniken

Das Fehlen von Risikokapital erweist sich jedoch als mächtige Bremse für Wirtschaftswachstum und Innovation. Daher führen die Kommission und die EIB für 2007-2013 ein neues Instrument – JEREMIE – ein, das finanziellen Mittlern mit Erfahrung im Bereich Unternehmensentwicklung und Kleinkredite gestattet, das Kapital an Unternehmen weiterzuleiten.

Öffentlich-private Partnerschaften

Was die Finanzierung größerer Projekte im Bereich der Stadterneuerung anbelangt, bietet sich öffentlich-privaten Partnerschaften ein sehr breites Tätigkeitsfeld. Trotz gewisser Herausforderungen, die mit solchen Partnerschaften verbunden sind, empfiehlt die Kommission in ihrem Papier, dass Städte sie einsetzen sollten, da häufig private Finanzierung benötigt wird, um die öffentlichen Mittel zu ergänzen, und der Privatsektor überdies zusätzliche Qualifikationen und Kompetenzen einbringt, auch wenn das Funktionieren einer solchen Partnerschaft voraussetzt, dass sie Teil einer umfassenderen, langfristig angelegten Vision der lokalen Behörden ist.

Die Governance von Städten verbessern

Die vielleicht wichtigste Reihe von Prinzipien, die in dem Papier der Kommission enthalten ist, betrifft die Governance städtischer Gebiete; dabei geht es insbesondere um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen, einen integrierten Ansatz zu städtischer Entwicklung, die Einbeziehung der Bürger und darum, aus Erfahrungen zu lernen.

Förderung der Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen

In städtischen Großregionen haben häufig viele verschiedene Regierungen das Sagen. Ihre Zuständigkeiten verteilen sich auf: Verkehr, Wirtschaftsentwicklung, Umweltdienste, Vermarktung, allgemeine und berufliche Bildung, Sozial- und Gesundheitsdienste. Im Hinblick auf die optimale Entwicklung der städtischen Großregion ist es entscheidend, dass sie effektiv zusammenarbeiten und nicht miteinander im Wettbewerb oder Konflikt stehen. In dem Papier wird betont, dass Europas Städte in einer globalen Wirtschaft eine kritische Masse erreichen und im Rahmen des Möglichen zusammenarbeiten müssen. Die Schnittstelle Stadt und Land muss besser gemanagt werden, damit die Nutznießer der erbrachten Dienstleistungen diese unabhängig davon, wo sie leben, auch zahlen. Es muss verhindert werden, dass die in den Städten ansässige Bevölkerung ausgebeutet wird.

Besonders wichtig in diesem Kontext ist die Empfehlung der Kommission an die Mitgliedstaaten und Regionen, den Städten aus den Strukturfonds mehr Mittel für städtische Probleme zuzuweisen und sie an der Konzeption, Durchführung und Bewertung einschlägiger Programme zu beteiligen.

Städte brauchen ein integriertes Konzept für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Das Papier hält fest, dass die Stadtentwicklung ein komplexer und langfristiger Prozess ist, der die Einbeziehung verschiedener Politikbereiche und die ständige Beteiligung der verschiedenen Partner aus dem öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Bereich erfordert. Dies war beispielsweise eine der wichtigsten Erkenntnisse über Erfolg, die sich im Laufe des letzten Jahrzehnts aus der Initiative URBAN herauskristallisiert hat.

Die Städte müssen dafür sorgen, dass sie einen umfassenden, langfristig angelegten Plan für ihr Gebiet haben, der wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Ziele umfasst. Sie müssen effektiv beobachtet werden. Und alle Schlüsselpartner müssen voll an der Planung, Durchführung und Bewertung städtischer Programme beteiligt werden.

Bürgerbeteiligung

Obwohl Partnerschaften mit Bürgergruppen schon Gang und Gäbe sind, ist es wichtig, dass Einwohner, kommunale Gruppen und andere NRO in die Förderung von Wachstum und Beschäftigung unter dem Gesichtspunkt der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in den Städten einbezogen werden. Die Städte müssen solchen Gruppen

mit Rat und Tat zur Seite stehen; auch eGovernment ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Nicht zuletzt müssen die Städte, durch ihre Integrationspolitik, die Zusammenarbeit zwischen Politikern, Bürokraten und Bürgergruppen fördern.

Netzwerke und Erfahrungsaustausch

In Europas Städten gibt es viele gute Beispiele, auf denen man aufbauen kann. Die Städte dürfen ihre knappen Mittel nicht darauf vergeuden, das Rad neu zu erfinden. Die Städte sollten die im Programm URBAN und anderen europäischen und nationalen Netzwerken gesammelten Erfahrungen optimal nutzen. Diesbezüglich wird sich auch der Plan der Kommission, den Erfahrungsaustausch über die am Programm URBAN beteiligten Städte hinaus auf Städte in ganz Europa auszudehnen, als hilfreich erweisen.



Universität Cadix (Spanien), Abteilung Meereswissenschaften: ein Campus für die Forschung.

Was sollte als Nächstes geschehen?

Die Debatte über die Zukunft der europäischen Städte ist an einem kritischen Punkt angelangt. Städte stehen heute ganz oben auf der politischen Agenda der Mitgliedstaaten und der EU. Viele nationale Parlamente, das Europäische Parlament sowie auch regionale Interessengruppen in ganz Europa haben ihren potenziellen Beitrag zu einer erhöhten wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und mehr sozialem Zusammenhalt klar erkannt. Mit ihrem Papier leistet die Kommission einen entscheidenden Beitrag zu dieser Debatte. Sie hat darin einige wesentliche politische Ziele, einige grundlegende Funktionsprinzipien und eine Reihe spezifischer Maßnahmen dargelegt, die die Zukunft der Kohäsionspolitik in Europa gestalten sollten. Sie sind flexibel und bieten Raum für nationale, regionale und lokale Vielfalt. Gleichzeitig sind sie jedoch präzise genug, um in Zukunft die Wahl von Strategien und Mechanismen zu lenken. In manchen Ländern und Städten sind sie schon besser bekannt als in anderen. Entscheidend ist nun, dass sie von allen Partnern in allen Mitgliedstaaten untersucht – und meiner Meinung nach auch angenommen – werden. Sobald dies geschehen ist, können wir von Diskussionen zu Aktionen in unseren Städten übergehen. Und genau darauf kommt es an.



„Stadtentwicklung: Wir sind alle betroffen, aber wer sitzt am Steuer?“

Jean-Marie Beaupuy, Europaabgeordneter, Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI), Vorsitzender der interfraktionellen Arbeitsgruppe Urban-logement des Europäischen Parlaments.

80 % unserer Bevölkerung lebt in Städten und ihren Außenbezirken. Eine Konzentration von Menschen, aus der sich zwangsläufig eine Konzentration aller Bedürfnisse (Verkehr, Wohnen, Freizeit, Kultur usw.) und aller Schwierigkeiten (Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Verschmutzung usw.) ergibt. Eine breite Palette von Entscheidungsträgern und Akteuren bemühen sich, diese vielfältigen Probleme in den Griff zu bekommen. Dieser Vielzahl von Akteuren und Problemen sieht sich der Bürger gegenüber. Dieser hat die für ihn einzigartigen Schwierigkeiten zu bewältigen: Wiesich im Viertel sicher bewegen? Wie zur Arbeit gelangen? Wie Verschmutzung oder Unsicherheit bewältigen? Es liegt auf der Hand, dass diese Probleme im Alltag zusammen fallen und sich überschneiden. Deshalb müssen sie auch in ihrem Zusammenspiel in Angriff genommen werden. Daher schlage ich vor, die städtischen Fragen im Rahmen eines integrierten Konzepts zu behandeln.

In unserem demokratischen Europa sind es sich die öffentlichen Akteure schuldig, gegenüber ihren Mitbürgern die Kohärenz ihrer verschiedenen öffentlichen Maßnahmen zu gewährleisten. Über Richtlinien und Beihilfen hinaus kommt es also darauf an, dass die „Entscheider“ zusammenarbeiten, um die Lösungen, an denen sie arbeiten, in einen breiteren Zusammenhang zu stellen. Damit diese Koordinierung auf die verschiedenen Lebens- und Themenbereiche angewendet wird, fordern wir gemeinsam mit meinen europäischen Parlamentskollegen:

- > die Zusammenführung und die Förderung „bewährter Praktiken“;
- > die systematische Einsetzung von Projektleitern / Koordinatoren.

Und unserer Meinung nach ist die Stadtverwaltung häufig, um nicht zu sagen immer in der besten in der Lage, diese Funktion auszuüben.

Auf diese Weise wird es uns gelingen, die Ziele von Lissabon und Göteborg zu erreichen, dank des Aufbaus nachhaltiger Städte - *sustainable communities*.

Das Europäische Parlament, „städtischer Wegweiser“ der europäischen Institutionen

Viele von uns im Europäischen Parlament haben in unseren Gemeinden oder Regionen Verantwortungen übernommen. Daher kennen wir die Gegebenheiten aus der Praxis. So haben wir im Europäischen Parlament:

- > die Verordnungen für die künftigen Strukturfonds (2007-2013) im Hinblick auf die städtische Ebene bei der Abstimmung in erster Lesung (Juli 2005) verbessert und insbesondere:
 - dafür gesorgt, dass Wohnungsbau in Betracht kommt (Artikel 59);
 - den Themenbereich „städtische Entwicklung“ verstärkt (Artikel 36);
 - das Prinzip der Partnerschaft verstärkt (Artikel 10).

> Wir haben eine interfraktionelle Arbeitsgruppe Urban-logement gebildet (siehe gegenüberliegende Seite).

> Wir haben den Bericht von Jean-Marie Beaupuy angenommen, der den Titel „Die städtische Dimension im Kontext der Erweiterung“ trägt und dazu aufruft, konkrete Maßnahmen in Angriff zu nehmen und deren Durchführung zu unterstützen. Um dies zu erreichen, ist nach Auffassung des Parlaments Folgendes notwendig:

- eine bessere Koordinierung zwischen den verschiedenen Dienststellen innerhalb jeder europäischen Institution;
- ein operationeller territorialer Dialog zwischen der Europäischen Union und den Städten, zwischen den Regierungen und den Städten, mit den Bürgern;
- die Entwicklung der Instrumente der Europäischen Union, um die Einführung bewährter Praktiken zu beschleunigen;
- die Durchführung einer in räumlicher und thematischer Hinsicht integrierten Stadtpolitik;
- Beobachtungs- und Folgemaßnahmen, um zu erfahren, welche Ergebnisse erzielt wurden;
- besondere Aufmerksamkeit für Jugendliche und Frauen.

> Wir werden darauf achten, dass im Rahmen der künftigen strategischen Leitlinien der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 eine optimale Berücksichtigung der städtischen Dimension gewährleistet ist.

Die interfraktionelle Arbeitsgruppe Urban-logement

Die interfraktionelle Arbeitsgruppe Urban-logement setzt sich aus 68 Abgeordneten jeder politischen Couleur zusammen, umfasst 73 Partnerorganisationen und zieht zu ihren Arbeiten Professionelle aus dem Bereich Stadtpolitik hinzu. Sie hat zahlreiche Vorschläge für Änderungsanträge zu den künftigen Strukturfondsverordnungen für den Zeitraum 2007-2013 initiiert. Sie handelt im Rahmen von Vereinen und Lobbying und verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele:

- > die europäischen und nationalen Verantwortlichen zu wirksameren Maßnahmen für die Städte anzuregen und bei deren Durchführung zu unterstützen;
- > bessere gesetzliche Regelungen zugunsten von Städten.

Seit ihrer Schaffung im Jahr 2004 setzt sich diese Gruppe sehr aktiv dafür ein, dass städtische Fragen von allen betroffenen Partnern – Abgeordneten, Entscheidungsträgern, Vereinen und Bürgern – verstärkt berücksichtigt werden.

Kontakt: http://www.udf-europe.net/main/deputes_page.jsp?path=/deputes/beaupty/&type=auparlement/070905

Welche Perspektiven für die Stadtentwicklung?



Durch die Verbesserung der Zufahrt zum Flughafen von Riga (Lettland) hat dieses PHARE-Projekt der Stadtentwicklung Flügel verliehen.

Der neue Programmplanungszeitraum der europäischen Fonds (2007-2013) wird eine bedeutende städtische Komponente beinhalten.

Stadtentwicklung zählt nun schon seit geraumer Zeit zu den wichtigsten Themen der europäischen Kohäsionspolitik. Während des gegenwärtigen Programmplanungszeitraums (2000-2006) ist die Gemeinschaftsinitiative URBAN das Instrument, das speziell dazu bestimmt ist, Unternehmmergeist, Beschäftigung und soziale Eingliederung zu fördern und die Qualität der physischen und natürlichen Umwelt in den städtischen Gebieten zu verbessern.

Auch in den meisten Strukturfondsprogrammen werden Städte und Gemeinden schon seit langem als Triebkräfte für Wachstum und Beschäftigung betrachtet. Und URBACT, das Programm für den Erfahrungsaustausch, hat erheblich dazu beigetragen, unser Wissen über bewährte Praktiken im Bereich der Stadtentwicklung zu vertiefen.

Nun geht es darum, all dies in den neuen Programmplanungszeitraum (2007-2013) einfließen zu lassen. Die Verhandlungen über die neuen Verordnungen und Leitlinien für die Strukturfonds gehen dem Abschluss entgegen, ihrer Verabschiedung im Sommer steht also nichts im Wege. Sie werden eine bedeutende städtische Komponente beinhalten, auch aufgrund einer Mitteilung der Kommission, die im Anschluss an eine öffentliche Konsultation Anfang des Jahres 2006¹ veröffentlicht wurde.

Nach wie vor gibt es gewaltige Herausforderungen zu bewältigen, etwa die Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung auf sozialer und ökologischer Ebene oder die Anhebung des Lebensstandards in den neuen Mitgliedstaaten. Hinzu kommt, dass die Kohäsionspolitik die beachtlichen Bemühungen, die bereits unternommen wurden, weiterhin unterstützt, um 1.) die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung voranzubringen und 2.) enge Partnerschaften mit lokalen Akteuren aufzubauen.

Um diese Herausforderungen in Angriff zu nehmen, empfiehlt die Kommission insbesondere:

- die volle Einbeziehung der Stadtentwicklungsprogramme in die Mainstreamprogramme, mit der Möglichkeit, Kompetenzen an die lokalen Akteure zu übertragen;
- eine Verstärkung und Erweiterung des Programms URBACT für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken;
- die Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente, mit besonderem Schwerpunkt auf der Verbesserung des Zugangs von Kleinunternehmen zu Darlehen.

⁽¹⁾ *Kohäsionspolitik und Städte: der städtische Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen*. Europäische Kommission, 2006.



In Santa Cruz (Kanarische Inseln, Spanien) dient dieser Wagen als Werbezentrum für das neue Stadtverkehrssystem.

Städtische Maßnahmen im Mainstream

Die Kommission möchte den städtischen Fragen mehr Gewicht verleihen und die in diesem Bereich durchgeführten Maßnahmen in die regionalen Entwicklungsprogramme einbeziehen (Allgemeine Verordnung, S. 7). In erster Linie bedeutet dies, dass die nationalen strategischen Bezugsrahmen die mit der nachhaltigen Stadtentwicklung verbundenen Prioritäten soweit wie nötig in die vorrangigen thematischen und territorialen prioritären Schwerpunkte einbeziehen (Allgemeine Verordnung, Artikel 25.4.b).

Auch die operationellen Programme sollten (wiederum soweit wie nötig) einen integrierten Plan für nachhaltige Stadtentwicklung beinhalten (Allgemeine Verordnung, Artikel 25.4.b, 36.4 und 5). Dieser Plan müsste eine klare Beschreibung der Prioritäten im Bereich der Stadtentwicklung umfassen. In der Praxis bedeutet dies also, dass städtische Probleme als prioritärer Schwerpunkt betrachtet werden, mit- samt der Liste der betroffenen Städte und Stadtgebiete.

Idealerweise würden die Stadtverwaltungen und andere lokale Partner mit der Durchführung dieser Maßnahmen betraut. Auf jeden Fall müssten sie als vollwertige Partner an der Gestaltung und Implementierung dieser Maßnahmen mitwirken.

Was die Art der in den Mainstream einbezogenen städtischen Maßnahmen anbelangt, muss die „Methode URBAN“ weiterhin versuchen, sich mittels einer integrierten Gesamtstrategie um Lösungen für die verschiedenen Probleme eines Gebiets zu bemühen (Artikel 8 der EFRE-Verordnung). Im Rahmen dieses Vorgehens könnten somit folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Verbesserung der physischen Umwelt, einschließlich der verfallenen Stadtviertel;
- Schutz des historischen und kulturellen Erbes;
- Förderung des Unternehmergeistes und der lokalen Beschäftigung;
- soziale Entwicklung;
- Dienstleistungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Für Projekte des Typs Europäischer Sozialfonds könnten bis zu 15 % der Finanzierungen bereitgestellt werden.

Innovative Finanzierung: JEREMIE und JESSICA

Die Förderung von Wachstum und Innovation setzt eine gewisse Risikobereitschaft voraus. Besonderer Mangel herrscht in der Union an Risikokapital und, in den benachteiligten Gebieten, an Bankbürgschaften. Um hier Abhilfe zu schaffen, soll „JEREMIE“ – eine neue gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank – den Zugang zu Finanzmitteln für Jungunternehmen sowie für die Entwicklung von KMU und Mikrounternehmen vereinfachen.

JEREMIE wird den Behörden zur Verfügung stehen. Mit der Möglichkeit, JEREMIE Programmmittel zuzuweisen, halten diese einen „Sesam-öffne-dich“ in den Händen, der ihnen den Weg zu finanziellen Mittlern mit Erfahrung im Bereich Unternehmensentwicklung und Kleinkredite ebnet. Diese zugelassenen Mittler werden das Kapital dann an Unternehmen und andere Endbegünstigte weiterleiten.

JEREMIE wird das Wachstum, die Beschäftigung und die soziale Eingliederung in den von den Strukturfondsprogrammen betroffenen Städten erhöhen bzw. verbessern. Die erwartete Hebelwirkung dieses Instruments dürfte dazu führen, dass auch andere nationale und europäische Finanz-einrichtungen zusätzliches Wagniskapital bereitstellen.

JESSICA ist eine Initiative zur Finanzierung der nachhaltigen Stadtentwicklung, die gemeinsam von der Europäischen Kommission, der EIB und der Entwicklungsbank des Europarates ins Leben gerufen wurde. Ihr Ziel ist, durch eine Kombination aus Beihilfen und Darlehen die Finanzierung der städtischen Erneuerung und der Stadtentwicklung zu vereinfachen.

Im Rahmen von JESSICA werden die Behörden in der Lage sein:

- eine Vielzahl öffentlich-privater Partnerschaften oder andere Stadtentwicklungsprojekte oder -maßnahmen zu finanzieren, bei denen Aussicht besteht, dass sie sich auf lange Sicht gänzlich oder teilweise amortisieren;
- die für Stadtentwicklung bestimmten Mittel auf eine einfachere und flexiblere Weise zu verwalten;
- Investitionen von internationalen Finanzinrichtungen, Banken, dem Privatsektor usw. anzuziehen und so die Hebelwirkung der beschränkten Mittel, die für Stadtentwicklung zur Verfügung stehen, zu erhöhen.



Unterstützung für KMU in Svaneke, Bornholm (Dänemark): eine Glaswerkstatt fertigt für den Export.

Das Programm URBACT: vom Nutzen der Vernetzung europäischer Städte

URBACT I (2003-2006), das Programm zum Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren im Bereich der Stadtentwicklung, entspricht einer starken Nachfrage seitens der Städte. Die bisher erzielten Ergebnisse sprechen dafür, das Konzept über das Jahr 2006 hinaus fortzusetzen.

In den letzten fünfzehn Jahren hat die Europäische Union nach und nach die Grundlagen einer Stadtpolitik geschaffen, die im Arbeitsdokument der Dienststellen der Kommission folgendermaßen zusammengefasst wird: *„Eine nachhaltige Stadtentwicklung verbindet wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Ziele mit öffentlichen Diensten hoher Qualität. Lokale Partnerschaften, die öffentliche, private und kommunale Interessen sowie die Interessen von Freiwilligenorganisationen vertreten, haben wesentlichen Anteil an der Verwirklichung von nachhaltigen Gemeinschaften (Sustainable Communities), die Gegenstand der Vereinbarung von Bristol (Bristol Accord) sein werden.“*⁽¹⁾

Die von der Kohäsionspolitik finanzierten Pilotprojektprogramme Urban (1990-1993 und 1997-1999), URBAN I (1994-2000) und URBAN II (2000-2006) haben es ermöglicht, an 216 Orten in Europa eine Politik für integrierte Stadtentwicklung auf die Beine zu stellen. Die positiven Ergebnisse dieser Erfahrungen, vor allem URBAN II, und die allgemein anerkannte Feststellung, dass den Städten im Hinblick auf Produktivität und Beschäftigung entscheidende Bedeutung zukommt, haben die Europäische Kommission zu dem Vorschlag bewogen, die politischen Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in alle Bereiche der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 einzubeziehen.

179 Städte, 375 Partner

URBACT wurde Anfang 2003 geschaffen, um die Austauschaktivitäten zwischen den an der Gemeinschaftsinitiative URBAN teilnehmenden Städten zu organisieren, die Erfahrungen auszuwerten und dieses Know-how umfassend zu verbreiten – und entsprach ganz offensichtlich einem Bedürfnis: 179 Städte wirken an dem Programm mit, 40 % davon sind Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern und 33 % haben weniger als 100.000 Einwohner. Seit dem 1. Mai 2004 steht URBACT den Städten der zehn neuen Mitgliedstaaten offen; diese machen heute ein Drittel der Teilnehmer aus. Neben den Städten, den wichtigsten Akteuren des Programms, beteiligen sich regionale Behörden, Universitäten und sogar Mitgliedstaaten an den im Rahmen von URBACT durchgeführten Arbeiten. URBACT umfasst 375 Partner in 20 Netzwerken und 6 thematischen Arbeitsgruppen sowie Arbeitskreise, in denen Netzwerke zu einem bestimmten Thema zusammengeschlossen sind.



Weg frei für Fahrräder im Stadtzentrum von Wien (Österreich), das mit der Unterstützung von URBAN erneuert wurde.

2005 fanden im Rahmen von URBACT mehr als 100 Arbeitsseminare mit jeweils 20 bis 30 Personen (Abgeordnete, Techniker, Experten) statt. Über 3000 Personen in ganz Europa wirken direkt und persönlich an den Arbeiten von URBACT mit.

Die Website des Programms (www.urbact.org) enthält knapp 5000 Dokumente, Präsentationen bewährter Praktiken, Studienberichte usw. Bis Februar 2006 empfing sie 8000 Besucher, die im Durchschnitt jeweils 36 Seiten konsultierten, ein Hinweis darauf, dass zahlreiche Dokumente heruntergeladen wurden.

EUKN: Austausch von Wissen zur Stadtentwicklung

Das Wissensnetzwerk zur Stadtentwicklung in Europa (EUKN= European Knowledge Network) hilft den Mitgliedstaaten beim Aufbau nationaler Wissensnetzwerke zu diesem Thema.

Diese miteinander verbundenen nationalen Netzwerke vereinfachen den Informations- und Wissensaustausch zu städtischen Angelegenheiten in Europa. Dadurch hilft das EUKN Politikern und Entscheidungsträgern, aus ihren gegenseitigen Erfahrungen zu lernen. Das EUKN stärkt Europas Städte als Motoren für Wachstum und Beschäftigung und sorgt gleichzeitig für einen hohen Grad an Nachhaltigkeit und Eingliederung.

⁽¹⁾ Kohäsionspolitik und Städte: der städtische Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen. Europäische Kommission, 2006.

Das EUKN ist eine europäische Initiative, die während des niederländischen EU-Vorsitzes 2004 ins Leben gerufen wurde. Derzeit wird das Netzwerk von fünfzehn Mitgliedstaaten, dem Programm URBACT, der Europäischen Kommission und EUROCITIES getragen.

Seit April 2005 hat das EUKN eine dezentralisierte Wissensstruktur eingerichtet, die auf einem zentralen Suchportal und nationalen Netzwerken in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten basiert. Europäische, nationale, regionale und kommunale Partner liefern Fallstudien, politische Dokumente und Forschungsberichte zu allen wichtigen Themen im Zusammenhang mit Stadtpolitik. Das EUKN wurde mit dem niederländischen XML Award für das innovativste Netzwerk ausgezeichnet.

Seit der Eröffnung der Website im Oktober 2005 wächst die Zahl von Fallstudien und Forschungsberichten un-aufhaltsam. Bis zum Sommer dürften tausende von Dokumenten online verfügbar sein.

Das EUKN-Sekretariat befindet sich in Den Haag, Niederlande.

Für weitere Informationen: www.eukn.org.

Welche Erkenntnisse, welcher Mehrwert für die Städte?

Aus den vielfältigen Arbeiten der Netzwerke und Arbeitsgruppen haben sich bereits sieben große Themenstränge herauskristallisiert: Städte und Jugend, Stadterneuerung, Einwanderer, lokale Wirtschaftsentwicklung, Bürgerbeteiligung, Sicherheit und das integrierte Stadtentwicklungskonzept.

Die Einbeziehung der nachhaltigen Stadtentwicklung in alle Bereiche der Kohäsionspolitik macht ein Austausch- und Reflexionsprogramm zur umfassenden Verbreitung des Konzepts der nachhaltigen integrierten Stadtentwicklung, wie die Europäische Union es im Laufe der letzten 20 Jahre ausgearbeitet hat, mehr als notwendig.

- > Der URBACT-Ansatz zieht viele Städte an, da ihnen durch die Analyse von anderweitig erworbenen Erfahrungen, durch den Austausch über ihre Probleme und die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten Elemente verfügbar werden, die ihre Reflexion vertiefen, Vergleiche ermöglichen und ihnen so bei der Gestaltung ihrer politischen Maßnahmen helfen können.
- > URBACT erlaubt es den Städten der 25 und demnächst 27 Mitgliedstaaten, Informationen und Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu helfen, und bietet den mittelgroßen Städten die Möglichkeit, sich europäischen Austauschnetzen anzuschließen.
- > URBACT ist ein hervorragendes Instrument für gegenseitiges Lernen; es ist für politische Entscheidungsträger, Techniker und die Akteure der Stadtentwicklung im Allgemeinen bestimmt.
- > Binnen drei Jahren hat sich URBACT zu einem Rahmen für den Austausch und die Reflexion über städtische Probleme entwickelt, nicht nur zwischen den Verantwortlichen der Städte, sondern auch zwischen regionalen Behörden, Mitgliedstaaten, Universitäten und Forschern. Damit trägt das Programm dazu bei, die territo-

rialen, sektoralen und fachlichen Trennwände zwischen den Städten und innerhalb der Städte abzubauen.

- > Außerdem hat das Programm erlaubt, ein europäisches Netzwerk von Ressourcententren im städtepolitischen Bereich aufzubauen (EUKN, *siehe Kasten*) und eine Arbeitsgruppe zur Verstärkung der Kompetenzen für ein Vorgehen auf der Basis des Konzepts der „sustainable communities“ zu bilden (SKILLS, *siehe Kasten*).

Die Mittel und Bemühungen, die eingesetzt bzw. unternommen wurden, um Lehren aus den Maßnahmen zu ziehen und die Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu verbreiten, werden für den Zeitraum 2007-2013 in URBACT II, dem künftigen Rahmenprogramm für den Austausch zwischen Städten, aufrechterhalten und erweitert.

Kontakt: info@urbact.org

Nachhaltige Gemeinden: Fähigkeiten können Visionen verwirklichen

Koordinierung und europäische Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Fähigkeiten sind entscheidend für die Schaffung nachhaltiger Gemeinden.

Im Rahmen der informellen Ministertagung zum Thema Nachhaltige Gemeinden am 6.-7. Dezember 2005 in Bristol stellten die Minister übereinstimmend fest, dass die Nachfrage nach generischen Fähigkeiten steigt, das Angebot jedoch knapp ist. Generische Fähigkeiten umfassen: berufsübergreifendes Arbeiten; Verwirklichen einer Vision; Partnerschaftsarbeit; Projektleitung; Verhandlung und soziale Vermittlung; Management organisatorischer Veränderungen; effektive Gemeindeführung.

Zu diesem Anlass wurde auch der „Bristol Accord“ angenommen, in dem die Mitgliedstaaten sich zum Austausch guter Praxis verpflichten. Außerdem wurde auf der Tagung vereinbart, Ende 2006 in Leeds (UK) eine europäische Konferenz zum Thema „Fähigkeiten für nachhaltige Gemeinden“ abzuhalten, um Investitionen in die Entwicklung von Fähigkeiten und Wissensaustausch zu fördern.

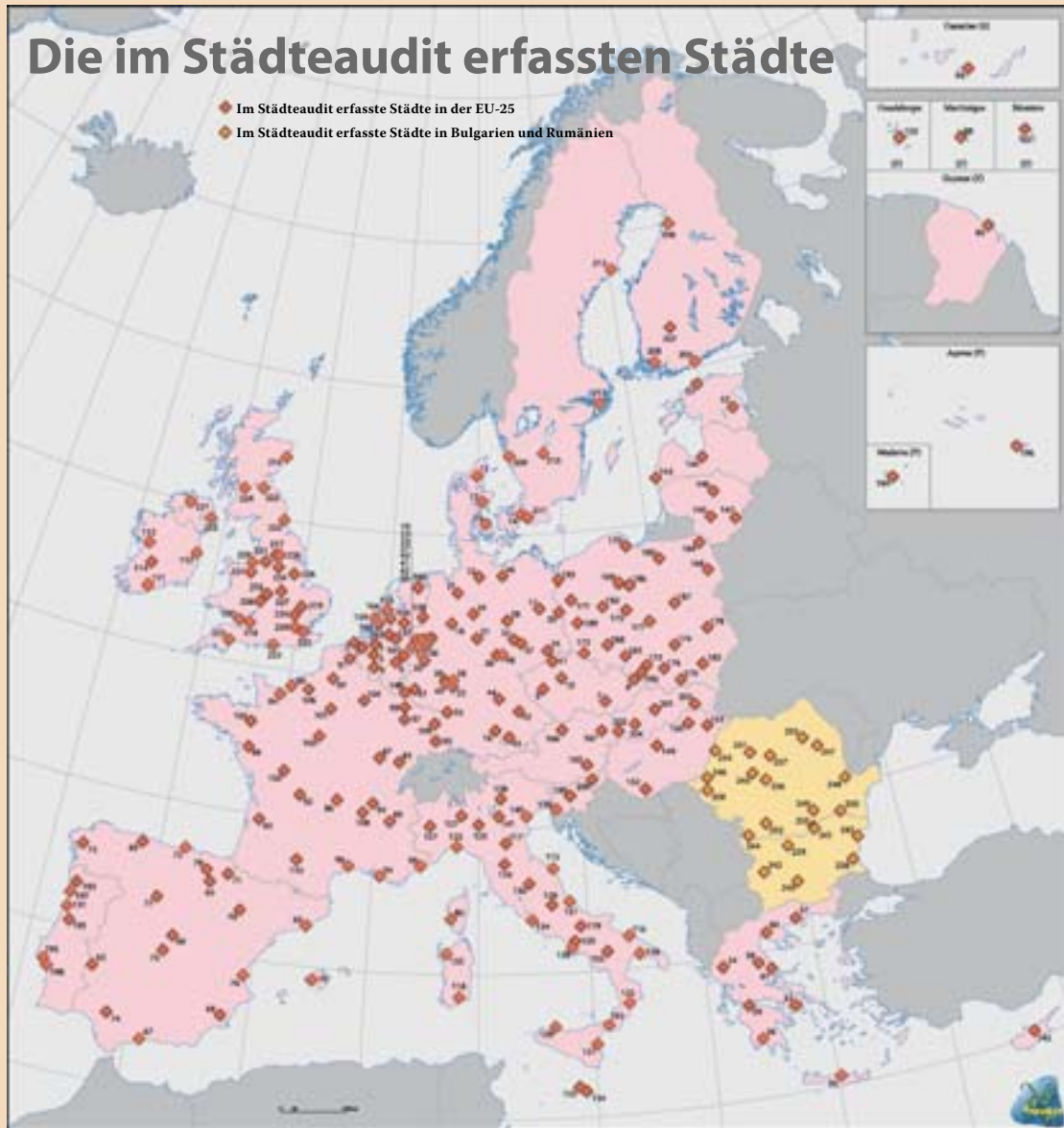
Eine von der britischen Regierung in Partnerschaft mit dem Wissensnetzwerk zur Stadtentwicklung in Europa (EUKN) geschaffene und geförderte Organisation, die Academy for Sustainable Communities (ASC), hat eine URBACT-Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe wird Ratschläge zur Entwicklung, Koordinierung und Evaluierung der Konferenz erteilen und Empfehlungen zur künftigen europäischen Zusammenarbeit im Bereich von Fähigkeiten für den Zeitraum 2007-2013 abgeben.

Das Sekretariat der Arbeitsgruppe im Vereinigten Königreich wird der Gruppe helfen, Ratschläge und Fachwissen zum Inhalt der Konferenz beizusteuern. So ist gewährleistet, dass die Konferenz den Bedürfnissen der einzelnen Mitgliedstaaten wie auch der europäischen Bedürfnisse im Ganzen entspricht. Die Schlussfolgerungen der Konferenz werden darauf abzielen, lokale und regionale Organisationen unter dem gemeinsamen Banner einer europäischen „Verpflichtung zu Fähigkeiten“ zusammenzubringen.

Für weitere Informationen: <http://www.ascskills.org.uk/euskills/de/home.cfm>

Die im Städteaudit erfassten Städte

- ◆ Im Städteaudit erfasste Städte in der EU-25
◆ Im Städteaudit erfasste Städte in Bulgarien und Rumänien



Belgique/België	33 Hamburg	66 Madrid	103 Poitiers	138 Trento	163 Tilburg	196 Ponto Delgada	225 Gravesham
1 Antwerpen	34 Hannover	67 Málaga	104 Reims	139 Trieste	164 Utrecht	197 Porto	226 Leeds
2 Brugge	35 Karlsruhe	68 Murcia	105 Rennes	140 Venezia		198 Setúbal	227 Leicester
3 Bruxelles/Brussel	36 Köln	69 Oviedo	106 Rouen	141 Verona	Österreich		228 Lincoln
4 Charleroi	37 Leipzig	70 Palma de Mallorca	107 Saint-Denis		165 Graz	Slovenija	229 Liverpool
5 Gent	38 Magdeburg	71 Pamplona/Iruña	108 Saint-Etienne	Κύπρος/Cypros	166 Linz	199 Ljubljana	230 London
6 Liège	39 Mainz	72 Santander	109 Strasbourg	142 Lefkosa	167 Wien	200 Maribor	231 Manchester
	40 Moers	73 Santiago de Compostela	110 Toulouse				232 Newcastle-upon-Tyne
Česká Republika	41 Mönchengladbach	74 Sevilla		Latvija	Polska	Slovenská Republika	233 Portsmouth
7 Brno	42 Mülheim an der Ruhr	75 Toledo	Ireland	143 Liepāja	168 Białystok	201 Banská Bystrica	234 Sheffield
8 Ostrava	43 München	76 Valencia	111 Cork	144 Rīga	169 Bydgoszcz	202 Bratislava	235 Stevenage
9 Plzeň	44 Nürnberg	77 Valladolid	112 Dublin	Lietuva	170 Gdańsk	203 Košice	236 Worcester
10 Praha	45 Regensburg	78 Vitoria/Gasteiz	113 Galway	145 Kaunas	171 Gorzow/Wielkopolski	204 Nitra	237 Wrexham
11 Ústí nad Labem	46 Schwerin	79 Zaragoza	114 Limerick	146 Panevėžys	172 Jelenia Góra		
	47 Trier		Italia	147 Vilnius	173 Katowice	Suomi/Finland	България/Balgarija
Danemark	48 Weimar	France	115 Ancona		174 Kielce	205 Helsinki/Helsingfors	238 Burgas
12 Aalborg	49 Wiesbaden	80 Ajaccio	116 Bari	Luxembourg (G.D.)	175 Konin	206 Oulu/Uleåborg	239 Plevén
13 Århus	50 Wuppertal	81 Amiens	117 Bologna	148 Luxembourg	176 Kraków	207 Tampere/Tammerfors	240 Plovdiv
14 København		82 Besançon	118 Cagliari		177 Łódź	208 Turku/Åbo	241 Ruse
15 Odense	Eesti	83 Bordeaux	119 Campobasso	Magyarország	178 Lublin		242 Sofia
	51 Tallinn	84 Caen		149 Budapest	179 Nowy Sącz	Sverige	243 Varna
Deutschland	52 Tartu	85 Cayenne	120 Caserta	150 Miskolc	180 Olsztyn	209 Göteborg	244 Vidin
16 Augsburg		86 Clermont-Ferrand	121 Catania	151 Nyíregyháza	181 Opole	210 Jönköping	
17 Berlin	Ελλάδα/Ellada	87 Dijon	122 Catanzaro	152 Pécs	182 Poznań	211 Malmö	România
18 Bielefeld	53 Athina	88 Fort-de-France	123 Cremona		183 Rzeszów	212 Stockholm	245 Alba Iulia
19 Bochum	54 Ioannina	89 Grenoble	124 Firenze		184 Suwałki	213 Umeå	246 Arad
20 Bonn	55 Iraklio	90 Le Havre	125 Genova	Malta	185 Szczecin		247 Bacău
21 Bremen	56 Kalamata	91 Lille	126 L'Aquila	153 Gozo	186 Toruń	United Kingdom	248 Braiila
22 Darmstadt	57 Kavala	92 Limoges	127 Milano	154 Valletta	187 Warszawa	214 Aberdeen	249 Bucureşti
23 Dortmund	58 Larissa	93 Lyon	128 Napoli		188 Wrocław	215 Belfast	250 Clăraşi
24 Dresden	59 Patra	94 Marseille	129 Palermo	Nederland	189 Zielona Góra	216 Birmingham	251 Cluj-Napoca
25 Düsseldorf	60 Thessaloniki	95 Metz	130 Perugia	155 Amsterdam	190 Żory	217 Bradford	252 Craiova
26 Erfurt	61 Volos	96 Montpellier	131 Pescara	156 Arnhem		218 Bristol	253 Giurgiu
27 Essen		97 Nancy	132 Potenza	157 Eindhoven	Portugal	219 Cambridge	254 Oradea
28 Frankfurt am Main	España	98 Nantes	133 Reggio di Calabria	158 Enschede	191 Aveiro	220 Cardiff	255 Piatra Neamt
29 Frankfurt an der Oder	62 Badajoz	99 Nice	134 Roma	159 's-Gravenhage	192 Braga	221 Derry	256 Sibiu
30 Freiburg im Breisgau	63 Barcelona	100 Orléans	135 Sassari	160 Groningen	193 Coimbra	222 Edinburgh	257 Tirgu Mures
31 Göttingen	64 Las Palmas	101 Paris	136 Taranto	161 Heerlen	194 Funchal	223 Exeter	258 Timişoara
32 Halle an der Saale	65 Logroño	102 Pointe-à-Pitre	137 Torino	162 Rotterdam	195 Lisboa	224 Glasgow	

BUDAPEST (UNGARN)

Ein besseres Abwassermanagement



Gesamtkosten: 529 107 000 EUR

EU-Beitrag: 304 661 500 EUR

„Wir möchten erreichen, dass 95 % der Budapester Abwässer (die Stadt hat 1,8 Millionen Einwohner) biologisch aufbereitet werden. Der Bau des neuen Kanalisationsnetzes und der zentralen städtischen Aufbereitungsanlage von Budapest, die über eine Aufbereitungskapazität von 350 000 m³/Tag verfügt, wird dies möglich machen. 850 000 Einwohner sind betroffen. Das Projekt, das die Wasserqualität der Donau erheblich verbessern wird, umfasst fünf Teilbereiche: Bau einer Kläranlage auf der Insel Csepel, die mit den modernsten Technologien im Bereich der Abwasseraufbereitung und Energieeinsparung (Biogas) arbeitet; Schaffung einer Infrastruktur zur Kompostierung der Klärschlämme (Kapazität: 100 000 Tonnen/Jahr); Anlage eines 6,9 km langen Hauptabwasserkanals am Buda-Ufer; Einrichtung eines unter Druck stehenden Kanalisationsnetzes, das die großen Pumpstationen mit der Aufbereitungsanlage verbindet; Modernisierung und Verstärkung der Pumpstationen. 65 % der förderfähigen Gesamtkosten (468 710 000 Euro) werden vom Kohäsionsfonds übernommen. Die Arbeiten werden voraussichtlich 2009 abgeschlossen.“

Gyula Somlai, Direktor des Amtes für öffentliche Arbeiten, Gemeindeverwaltung Budapest
somlaigy@budapest.hu

VALENÇA (PORTUGAL)

Aufwertung des städtischen Erbes



Gesamtkosten: 2 600 000 EUR

EU-Beitrag: 1 900 000 EUR

„Valença, eine Grenzstadt zu Spanien, besitzt ein reiches Kulturerbe, das die vielfältigen Beziehungen widerspiegelt, die den äußersten Norden Portugals und Galizien miteinander verbinden. Mit der Unterstützung des EFRE und des operationellen Programms der Region Norte haben die Stadtverwaltungen eine Reihe von Projekten zur Restaurierung und Aufwertung des historischen Stadtzentrums auf den Weg gebracht. Es geht darum, über die Verschönerung der Stadt und die Modernisierung der grundlegenden Infrastrukturen (Kanalisation, Verkehrswege usw.) den Kulturtourismus zu fördern und durch die Schaffung von Aktivitäten und eine bessere Lebensqualität dem Bevölkerungsschwund entgegenzutreten.“

Jorge Sobrado, CCDR-Norte
vitor.devesa@ccdr-n.pt

CERNIKA (SLOWENIEN)

Umwandlung eines Militärgeländes in einen Unternehmenspark



Gesamtkosten: 3 951 000 EUR

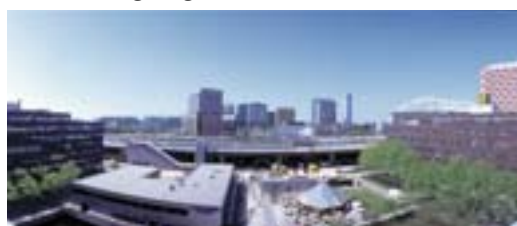
EU-Beitrag: 2 598 573 EUR

„Mithilfe des EFRE hat die Gemeinde Cernika auf einem alten Militärgelände der jugoslawischen Armee einen Unternehmenspark angelegt. Die erste Phase des Projekts wurde im November 2005 beendet. Sie bestand darin, die Kasernen abzureißen, den Boden zu ebnen und das Gelände zu erschließen (Zufahrtsstraße, Wasserleitungen, Kanalisation, Beleuchtung usw.), indem es mit den für die Niederlassung von Unternehmen erforderlichen Infrastrukturen (Hochspannung, Hochleistungskabel für Internet usw.) ausgestattet wurde. Nun können auf dem 11 000m² großen Gelände zu vernünftigen Kosten Büros, Werkstätten und andere Gebäude errichtet werden. Das Projekt ist Teil der Entwicklungsstrategie der Region Notranjsko Kraška.“

Franč Lenarcic, Ministerium für Umwelt und Raumordnung
Franc.Lenarcic@gov.si

AMSTERDAM (NIEDERLANDE)

ArenA, eine Partnerschaft für Beschäftigung



Gesamtkosten: 650 000 EUR

EU-Beitrag: 325 000 EUR

„Die Eröffnung des Arena-Stadiums im Jahr 1996 hat nicht die erhofften nachhaltigen Arbeitsplätze im Zuid-Oost, den Vierteln im Südosten von Amsterdam, gebracht. Daher wurde auf Initiative der Stadt eine Partnerschaft für Beschäftigung ins Leben gerufen, die alle lokalen Akteure einbezieht: öffentliche Behörden, Unternehmer, Berufsverbände, Bildungseinrichtungen, Vereine usw. In der ArenA Initiative, die alle im Bereich von Beschäftigung und Ausbildung tätigen lokalen Stellen und Gruppen miteinander vernetzt, sind 80 Organisationen vertreten. In psychologischer Hinsicht ging es darum, die Trennung zwischen dem Osten (wo die Leute leben) und dem Westen (wo sie arbeiten) zu zerbrechen. Die Formel hat Erfolg: ArenA hat zu einem sehr bedeutsamen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Südosten beigetragen. Zwischen 1996 und 2003 ist die Zahl von Arbeitsuchenden von 15 000 auf 5000 gesunken.“

Peter Aben, Wirtschaftsangelegenheiten, Amsterdam Zuidooost
p.aben@zuidoost.amsterdam.nl

SPANIEN

„Integration ist die Stärke des URBAN-Projekts von Gijón“

Blanca Cañal García, Leiterin des URBAN II Programms Gijón (Asturien)



Das Interventionsgebiet des URBAN-Programms von Gijón ist ein „krisenbetroffenes industrielles Randgebiet“. Das Gebiet, das zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Programms 26 519 Einwohner zählte, das heißt 10 % der Bevölkerung von Gijón, liegt im Westen der Stadt und umfasst mehrere Bezirke: Jove (mit einigen Vierteln, wie El Muselín, Portuarios und Pescadores, die sich bis zum Meer ausdehnen), Tremañes (Industriezone) und einen Teil der Stadtviertel Calzada und Natahoyo, dicht bevölkerten Gebieten mit etlichen Industriebrachen, die nach der Schließung mehrerer Großunternehmen zurückgeblieben sind. Im gesamten URBAN-Gebiet sind die Wohngebiete von intensiver Industrietätigkeit und großen Verkehrsinfrastrukturen durchzogen: So verlaufen der Hafen El Musel und mehrere Eisenbahnlinien quer durch diese Viertel. Arbeitslosigkeit und soziale Probleme sind im URBAN-Gebiet weit gravierender als in anderen Teilen des Ballungsraums.

Das von der Stadt Gijón getragene URBAN-Projekt wird vom EFRE in Höhe von 75 % mitfinanziert; die förderfähigen Gesamtkosten betragen 14,2 Millionen Euro und werden auf fünf Schwerpunkte verteilt: Sanierung von aufgegebenem Gelände und dessen Aufteilung in Parzellen; Verbesserung des Wirtschaftsgefüges; Eingliederung benachteiligter Bevölkerungsgruppen; Abfallbehandlung und Förderung neuer Technologien.

Um diese Ziele zu verwirklichen, wurden gewisse Grundprinzipien berücksichtigt, die Hebelwirkungen auslösen und Mehrwert schaffen, vor allem das integrierte Konzept und das Bemühen um Synergien mit anderen öffentlichen und privaten Initiativen. Die zwei folgenden Beispiele veranschaulichen, was gemeint ist.



Der „Saubere Punkt“ in Gijón.

Der „Saubere Punkt“

Zunächst war geplant, auf einem hinter einem Bahnleis gelegenen, unbauten Gelände einen „Sauberen Punkt“ (Containerpark für die Trennung von Haushaltsmüll) einzurichten. Leider wollten die Anwohner von dieser Anlage in ihrem Viertel nichts wissen. Da-

durch, dass die Aktion in den Rahmen von URBAN gestellt wurde, konnte ein Großteil der Bevölkerung durch rund hundert Informationsveranstaltungen zum Thema Mülltrennung, die in Schulen, Jugendzentren, Seniorenclubs, Telezentren usw. veranstaltet wurden, relativ einfach sensibilisiert werden. Außerdem haben vierzehn ortsansässige Vereine gemeinsam eine Ausstellung zu der Frage organisiert. An dieser fünftägigen Veranstaltung haben schätzungsweise über 800 Personen teilgenommen. Heute ist der „Saubere Punkt“ eine attraktive Einrichtung, auf die die Anwohner stolz sind. Sie liegt im beliebtesten Viertel des URBAN-Gebiets, in der Nähe von Schulen, Gesundheitszentren und einem großen Sportkomplex, wo im Übrigen nach wie vor Umweltschulungen stattfinden. In diesem Kontext sollte auch erwähnt werden, dass alle URBAN-Aktionen mit Sensibilisierung für Energieeinsparungen, den Umgang mit Haushaltsmüll usw. verbunden sind.

Die Partnerschaft mit den Unternehmen

Im URBAN-Gebiet befinden sich die ältesten und altmodischsten Industrieansiedlungen der Stadt. Diese Gelände sind Gegenstand einer Intervention. Die in Angriff genommenen Bodensanierungsarbeiten haben die über drei Gebiete verteilten Unternehmensvereinigungen mobilisiert. Die oftmals illegal genutzten Industriebrachen und aufgegebenen Parzellen wurden in Parkplätze umgewandelt oder bebaut. Vor allem die beiden Firmen (ADIF und FEVE), deren Bahnleise diese Gelände durchqueren, haben sich an dem Vorgehen beteiligt. Dank der positiven Ergebnisse dieser Aktion war es anschließend viel einfacher, den – zumeist sehr kleinen – Unternehmen andere, umweltfreundliche Wege aufzuzeigen oder neue Technologien zu präsentieren. Eine der Unternehmensvereinigungen hat beispielsweise begonnen, in ihrer Geschäftszone 100 Bäume zu pflanzen. Anderswo hat kürzlich eine Firma den Auftrag erhalten, Websites für 150 Unternehmen im URBAN-Gebiet zu entwickeln. Zu diesem Zweck bildet sie gegenwärtig Jugendliche aus dem Gebiet aus, von denen mindestens sechs anschließend eingestellt werden dürften.

Ich glaube, aufgrund meiner zehnjährigen Erfahrung mit derartigen Projekten sagen zu können, dass diese integrierten, für spezifische Gebiete ausgerichteten Programme, die eine intensive Mitwirkung der Akteure vor Ort voraussetzen, weit über die bloße Ausführung eines Haushalts hinausgehen: Ihr Mehrwert und ihre Sichtbarkeit für die Bürger sind viel größer als es der Fall wäre, wenn sie von den verschiedenen spezialisierten Stellen getrennt, ohne echte Koordination oder Integration durchgeführt würden.

Für weitere Informationen: www.gijon.es

URBAN II in Aktion in Leipzig und Dortmund (Deutschland)

Viertel im Aufbruch

Die 12 deutschen URBAN-II-Programme vereinen ihre Kräfte mit den Interventionen der europäischen Fonds und der anderen Entwicklungsbeihilfen von Bund, Ländern und Städten. Durch ihren partizipativen, integrierten und innovativen Ansatz machen sie die betroffenen Viertel wieder attraktiv und dynamisch und erfüllen ihre Bewohner mit Stolz und Optimismus. Leipzig und Dortmund zeigen, wie es geht.



Dieser Riesenregenwurm als Symbol der Lebenskraft schmückt die Fassade des Gebäudes der Wege e.V., ein von URBAN unterstützter Verein von Eltern psychisch kranker Kinder in Leipzig.

Karsten Gerkens, Leiter des Amts für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig, weist auf das Foto eines kleinen Mädchen, das in einem für sie viel zu großen Mantel förmlich schwimmt. „Hier bei uns begreifen wir Stadtentwicklung als Versuch, einen sehr teuren, aber zu großen Mantel an einen Körper anzupassen, der noch wächst.“

Ein guter Vergleich: Leipzig ist in der Tat das Beispiel der „schrumpfenden Stadt“⁽¹⁾ par excellence. Die Bevölkerung des nach Berlin größten Ballungsraums der ehemaligen DDR ist von 750 000 Einwohnern in den dreißiger Jahren auf 493 000 im Jahr 2000 zurückgegangen und hat sich seither auf rund 500 000 eingependelt. Doch allein zwischen 1990 und 2000 hat Leipzig 100 000 Einwohner verloren. Dafür gibt es vielerlei Gründe: Die sehr schwache Geburtenrate erklärt bereits ein Defizit von 25 000 Personen, und überdies wurden in Leipzig nach der Wiedervereinigung 60 000 Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut, was weitere 25 000 Einwohner zwang, sich in Westdeutschland nach Arbeit umzusehen. Gleichzeitig sind 50 000 Leipziger dem Reiz des kleinen Einfamilienhauses, an das während der DDR-Zeit kaum her-

anzukommen war, erlegen und an den Stadtrand oder aufs nahe gelegene Land gezogen.

Das Ergebnis der Stadtfucht: zahlreiche leer stehende Gebäude, 60 000 freie Wohnungen und ein sehr lockeres städtisches Geflecht. In den großen Straßen mancher Viertel ist jedes vierte Gebäude unbewohnt. Der Eindruck ist jedoch nicht der gleiche wie in einer krisenbetroffenen Industriestadt, wo in der Regel die Gesamtheit eines Viertels verfallen ist. In Leipzig stehen prächtige, frisch restaurierte Gebäude Seite an Seite mit verlassenen Häusern und hässlichen, kaputten Fassaden. Ein trauriger Anblick, denn sehr oft handelt es sich um wunderschöne Bauwerke aus der Gründerzeit, der Periode intensiver Ausdehnung und Verstädterung, die Deutschland zwischen 1870 und 1914 erlebte. Das eigentliche Ziel des URBAN-II-Programms „Leipziger Westen“, das in vier Quartieren im Westen der Stadt (8 km², 32 000 Einwohner) durchgeführt wird, lässt sich daher auf eine einfache Formel bringen: „Die Leute in der Stadt halten und neue Bewohner anziehen“, fasst es Programmleiter Norbert Raschke zusammen.

(¹) Leipzig und seine Nachbarstadt Halle gehören zum Netzwerk „Shrinking Cities“ (<http://www.shrinkingcities.com/>), einem Projekt, das zwischen 2002 und 2006 von der Kulturstiftung des Bundes durchgeführt wird und Architekten, Wissenschaftler und Künstler zusammenbringt, deren Arbeiten auch Detroit (USA), Ivanovo (Russland), Manchester und Liverpool (Vereinigtes Königreich) betreffen.

Zugang zu Eigentum... und Beschäftigung

„Die Menschen im Osten haben nur sehr wenig Immobilienvermögen. Viele hätten gern ein Eigenheim, aber es fehlt ihnen meist an den Mitteln, ein Haus zu kaufen und zu renovieren“, erklärt Christoph Scheffen, Koordinator der von URBAN und der Stadt Leipzig unterstützten Immobilien-Marketing-Service GmbH Immothek. „Unsere Aufgabe besteht darin, mit Hilfe ehrenamtlich tätiger Architekten leer stehende Gebäude ausfindig zu machen, die man zu vernünftigen Kosten renovieren kann, und sie Familien anzubieten, die eine Wohnung kaufen möchten. Dann bringen wir diese potenziellen Käufer – im Schnitt sechs Haushalte pro Gebäude – zusammen, damit sie sich kennen lernen und feststellen können, ob sie gut genug miteinander auskommen, um das Gebäude gemeinsam zu erwerben.“ Auf diese Weise haben zwischen 2002 und 2005 insgesamt 212 Wohnungen zum Anschaffungspreis den Besitzer gewechselt. Leipzig ist die erste Stadt in Deutschland, die derartige Geschäfte – deren Modell dank einer URBAN-Beihilfe von 500 000 Euro entwickelt werden konnte – unterstützt. Nach einschlägigen Schätzungen hat diese Initiative für die Stadt im Ganzen 40 Millionen Euro an Investitionen und etwa 200 neue Arbeitsplätze hervorgebracht.



Eine grüne Truppe in Aktion im Henriettenpark, mitten im URBAN-Gebiet in Leipzig.

In Vierteln mit Arbeitslosenquoten von über 20 % liegt der Schwerpunkt des URBAN-Programms von Leipzig natürlich auf Beschäftigung: 8 Millionen Euro bzw. 40 % des Budgets werden für die Maßnahme „Wirtschaft und Beschäftigung“ aufgewendet, die klassische Unterstützung für Unternehmen (Beratung, Bereitstellung von Ausrüstung, Vernetzung usw.) mit gezielter (für Jugendliche, Frauen, Einwanderer usw. bestimmter) innovativer Ausbildung (Schulunternehmen, Ideenbörse usw.) kombiniert. Die Ergebnisse des URBAN-Projekts Leipziger Westen im Zeitraum 2001-2004 können sich sehen lassen: 430 neu geschaffene oder aufrecht erhaltene Arbeitsplätze, 80 abgeschlossene qualifizierende Ausbildungen und 800 Jugendliche, die an einem Intensivkurs über Unternehmensgründung teilgenommen haben. „Wir sind im Mai 2002 von Null gestartet“, erzählt Frank Basten, Berater beim Unternehmens- und Innovationszentrum „Freie Wirtschaftsförderung“. „Heute, im Februar 2006, haben wir bereits 147 kleine Firmen unterstützt, die 353 Arbeitsplätze stellen. Die Aufteilung der Sektoren spiegelt das Wirtschaftsgefüge des URBAN-Gebiets, aber auch unsere Prioritäten wider: 69 Firmen, die Dienstleistungen für Unternehmen anbieten, 28 Handwerker, 23 Geschäfte, 14 Hotels und Gaststätten und 13 Unternehmen, die im Dienstleistungsbereich für Privatpersonen arbeiten. Wir unterstützen bevorzugt Tätigkeiten im Zusammenhang mit Clustern und Leipzigs Spezialbereichen Informatik und Automobil.“

Neue Einwohner für die Stadt zu gewinnen, setzt natürlich auch die Verschönerung der Quartiere voraus. Zu diesem Zweck steuert URBAN über die Maßnahme „Qualität des städtischen Raums“ etwa 7,3 Millionen Euro bei. Der Mix verschiedener Finanzierungen hat die Erschließung des Karl-Heine-Kanals und die Umwandlung alter Industriestandorte in Grünflächen ermöglicht, aber auch zu „immateriellen“ Maßnahmen geführt, wie etwa einem innovativen System der Grundstücksleihe: In Leipzig gibt es viele Industriebrachen, aber noch viel mehr kleine unbebaute Grundstücke, die – ordentlich gereinigt und von Gestrüpp und Unkraut entfernt – als Gärten oder Spielplätze dienen können. „Wir sorgen dafür, dass der Besitzer und die Person oder Organisation, die das Grundstück benutzen möchte, sich treffen und das Vertrauen entsteht, und bemühen uns darum, dass sie eine Vereinbarung über die kostenlose Überlassung oder einen zeitlich befristeten Mietvertrag schließen“, erklärt Tobias Habermann, einer der beiden Quartiersmanager des URBAN-Gebiets. „Alle profitieren davon, und wir verschönern auf diese Weise die Stadt. Das gleiche Prinzip wenden wir auf bestimmte leer stehende Geschäfte an, die an den großen Verkehrsadern liegen: Wenn ihre Eigentümer sie verleihen, können dort punktuelle kulturelle Veranstaltungen – Feste, Ausstellungen usw. – organisiert werden, oder sie können Jugendlichen oder Vereinen als fester Treffpunkt dienen.“

Begeisterung

Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) hat das mit rund 20 Millionen Euro dotierte URBAN-Projekt Leipziger Westen Privatinvestitionen in Höhe von 280 Millionen nach sich gezogen. „Das ist natürlich ein hervorragendes Ergebnis“, kommentiert Bertram Plate, der für die Koordinierung der soziokulturellen Projekte des Programms zuständig ist. „Aber noch schöner finde ich es, dass in unserem Viertel die gleiche Begeisterung wieder auflebt, die zum Zeitpunkt des Mauerfalls vorherrschte, aber dann angesichts der harten Realitäten der Umstrukturierung vollkommen verpufft ist.“

Diese Begeisterung und dieser wiedererlangte Stolz sind auch in einer Region, die weit von Leipzig entfernt ist und, da in Westdeutschland gelegen, die jüngste Vergangenheit dieser Stadt nicht geteilt hat, sehr stark zu spüren. Dortmund (590 000 Einwohner) liegt im Ruhrgebiet und steckt mitten in der Umwandlung von einer Eisen- und Stahl-Stadt in eine Hightech-Metropole. Der Wandel ist schon recht weit fortgeschritten, aber noch profitieren nicht alle Teile der Stadt davon: In der Nordstadt gingen zahlreiche Arbeitsplätze verloren, darunter zehntausend auf einen Schlag durch die Schließung eines Stahlwerks. Hinzu kommt, dass 40 % der Einwohner von Dortmund-Nordstadt Einwanderer sind, eine durch die Verluste von Industriearbeitsplätzen besonders schwer betroffene Bevölkerungsgruppe – was auch erklärt, warum gerade dieses Viertel für ein URBAN-II-Programm mit einem Budget von 28,8 Millionen Euro – 10 Millionen davon aus europäischen Quellen – ausgewählt wurde. Die Zwischenbilanz der 29 in diesem Rahmen durchgeführten Projekte: „16 neue Unternehmen und 200 neue Arbeitsplätze, 2300 Personen, die eine Ausbildung abgeschlossen haben, 2500 Kontakte mit den lokalen Unternehmen und ein erheblicher Rückgang der Kriminalität“, hält Programmdirektor Ralf Appel fest, der außerdem darauf hinweist, dass sich „mit URBAN eine nicht mehr aufzuhaltende Quartiersdynamik entwickelt hat“.

Der Besucher mag vom Aufbau des größten Tipis der Welt im Fredebaumpark durchaus beeindruckt sein, aber der Teil von Nordstadt, in dem die in Dortmund angewendete URBAN-Strategie und die damit erzielten Ergebnisse vielleicht am deutlichsten zutage treten, ist der Nordmarkt. Das, was heute ein schöner Marktplatz und gleichzeitig eine einladende Grünflä-

che inmitten eines dicht bevölkerten Viertels ist, war noch 2002 ein trister Ort, wo sich Alkoholiker, Heroinsüchtige und Prostituierte tummelten. URBANs Fördermittel von etwas mehr als 1,1 Millionen Euro haben es möglich gemacht, den Platz wieder herzurichten, aber auch, ihn zu pflegen und durch den Einsatz von Platz- und Straßenhausmeistern die Sicherheit zu gewährleisten. Insgesamt 18 Hilfskräfte, die im Rahmen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms des Bundes eingestellt wurden, sorgen nun dafür, dass die Straßen und Plätze im Quartier Nordmarkt sauber, sicher und freundlich sind. „Dabei handelt es sich um einfache Aufgaben mit hoher Symbolkraft, zum Beispiel die Leute bitten, ihren Müll in die Abfalleimer zu werfen, oder Schulkindern beim Überqueren der Straße zu helfen, die das Selbstwertgefühl dieser bislang ausgegrenzten Menschen stärken und soziale Bande entstehen lassen“, erklärt Bernd Axmann, Projektleiter bei der gemeinnützigen Gesellschaft Grünbau GmbH, die diese Maßnahme betreut.



Ein Aspekt der Fassadenanstricharbeiten, die im Rahmen der URBAN-Aktion zur Erneuerung von Stadtvierteln in Dortmund durchgeführt wurden.

Soziale Stadt

„Wir versuchen, den Leuten eine positive Einstellung zu vermitteln“, erklärt Helga Beckmann. „Das Bild zu verbessern, das sie sich von sich selbst und ihrem Viertel machen, sie zu überzeugen, dass das Glas nicht halb leer ist, sondern halb voll, und dass man es auch ganz voll machen kann. Wir organisieren alle möglichen Veranstaltungen, Feste, Ideenwettbewerbe... Auf diese Weise entstehen Projekte, das Viertel wird attraktiv und sichtbar, und das Ganze kostet nicht viel.“ Helga Beckmann und ihr Kollege Martin Gansau leiten das Quartiersbüro Nordmarkt. Sie sind gewissermaßen das Bindeglied zwischen den Einwohnern und den öffentlichen Behörden, „Vermittler, Moderatoren und Animateure zugleich“, hält Martin fest. „Wir regeln die Probleme nicht direkt, treten also nicht an die Stelle der Verwaltung, sondern helfen den Leuten, die sich an uns wenden, lediglich, den jeweils geeigneten Ansprechpartner zu finden.“

Dieses Quartiersmanagement ist ein wichtiges Instrument der Stadtentwicklung in Deutschland. Es steht im Mittelpunkt des Konzepts „Soziale Stadt“, dem Nordrhein-Westfalen den Weg geebnet hat. Das 1993 gestartete Regionalprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ war das erste deutsche Programm, das nach einem transversalen Ansatz vorging. Es zielte darauf ab, dem städtischen Niedergang entgegenzutreten, der durch das Verschwinden der Kohlezechen und der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet ausgelöst worden war. Es wurde eine erfolgreiche Erfahrung, die die Bundesregierung veranlasste, das Konzept 1998 anzuerkennen und es 1999 un-

ter dem Namen „Bund-Länder-Programm Soziale Stadt“ allen 16 deutschen Ländern vorzuschlagen.

Nach dem Beispiel der Initiative URBAN, die es mit angeregt hat, setzt das Programm Soziale Stadt auf einen territorialen, integrierten und partizipativen Ansatz zur Erneuerung der am stärksten benachteiligten Viertel. „Der große Mehrwert von Programmen wie Soziale Stadt oder URBAN liegt darin, dass sie die Beteiligung der Bewohner an den Projekten fördern“, betont Karl Jasper, URBAN-Koordinator beim Ministerium für Städtebau und Wohnen. „Diese Teilnahme hat zwei Vorteile: Erstens werden die Erfahrungen der Bewohner genutzt, so dass die Projekte besser auf die Gegebenheiten abgestimmt werden und nachhaltiger sind. Zweitens ermöglicht die von den Projekten erzeugte Dynamik die Schaffung sozialer Strukturen, die das Quartier auf lange Sicht stabilisieren. Letztlich ist es die Rolle der öffentlichen Behörden, die neu definiert wird: Aus dem Staat, der seinen Bürgern in Not hilft, wird der Staat, der das Potenzial freisetzt, das den Menschen erlaubt, sich selbst zu helfen. Ein bisschen nach dem Motto ‚Hilf dir selbst, dann hilft dir URBAN‘.“

Karl Jasper weist jedoch darauf hin, dass URBAN nur ein bescheidener Teil der nordrhein-westfälischen Aktionen im Bereich der Stadtentwicklung ist: Das derzeitige Ziel-2-Programm (etwa 2 Milliarden Euro) interveniert zum Großteil in Stadtgebieten, und darüber hinaus investiert allein Nordrhein-Westfalen, die größte Regionalwirtschaft Europas und das am dichtesten bevölkerte und am stärksten industrialisierte Land Deutschlands, jährlich 150 Millionen Euro in die Stadtentwicklung, wobei die Mittel auf das Programm Soziale Stadt (40 Millionen), das Stadterneuerungsprogramm „Stadtumbau“ (30 Millionen) und verschiedene andere Maßnahmen für kleine und mittelgroße Städte (80 Millionen) verteilt sind.

Mainstream

Auch im Hinblick auf die Verwaltung der von den Strukturfonds finanzierten Stadtentwicklung ist Nordrhein-Westfalen zukunftsweisend. Es ist in der Tat bemerkenswert, dass die Bürgermeister der fünf größten Städte des Landes im Beobachtungsausschuss für europäische Programme sitzen, ohne jedoch eine Vormachtstellung einzunehmen, ohne Vorrechte gegenüber anderen Partnern wie etwa den Handelskammern.

Einer der Urheber und Förderer des Programms Soziale Stadt, Ullrich Sierau, ist Stadtbaurat der Stadt Dortmund. Dieser ehemalige Abteilungsdirektor beim NRW-Ministerium für Stadtentwicklung äußert eine Meinung, die zahlreiche Regionalentwickler offenbar teilen: „Wir stehen hinter den Prinzipien der Lissabon-Strategie: Es ist wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovation, das Wachstum, die Ausbildung der Humanressourcen zu fördern... Aber ich glaube noch immer an die Prinzipien der sozialen Stadt: Niemand darf im Stich gelassen werden. Die Dinge müssen im Gleichgewicht sein. Auf jeden Fall geht das Kapital nicht dorthin, wo es ungelöste soziale Probleme stößt.“

Für weitere Informationen:

www.urban-leipzig.de
www.urban.dortmund.de

Das **Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk** ist eine hervorragende Ressource im Bereich der Stadtentwicklung in den beiden betroffenen Ländern, aber auch auf europäischer Ebene:

Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk
 47–51 rue du Luxembourg, B-1050 Brüssel
 Tel.: +32 (0)2 5501610, Fax: +32 (0)2 5035606
c.huttenloher@deutscher-verband.org

LE HAVRE (FRANKREICH)

Anlage eines Stadtparks



Gesamtkosten: 9 343 413 EUR

EU-Beitrag: 2 472 721 EUR

„Das Vorzeigeprojekt des URBAN-II-Programms Le Havre ist die Anlage eines Parks zwischen der Stadt und dem Hafen. Es geht darum, einen Ort zu schaffen, wo die Bewohner des Viertels Saint-Nicolas sich erholen und spazieren gehen können, dieses Viertel an das Stadtzentrum anzubinden und dadurch, dass Bewohner und Investoren angezogen werden, sein Image zu verändern. Die Gestaltung des Parks ist auf den außergewöhnlichen Charakter des Geländes abgestimmt: es gibt Meerbecken und Hafenaktivitäten, das Meer liegt ebenso nahe wie das Stadtzentrum... Eine besondere Beleuchtung wird diesen Ort und insbesondere die Becken zur Geltung bringen. Der Bau einer Brücke, die mitten in den Stadtpark führt, wird mithelfen, das Viertel Saint-Nicolas verkehrsmäßig zu erschließen, und vor allem, diesen Erholungsraum einer kommunalen oder sogar interkommunalen Nutzung zuzuführen.“

Ouahid Dorbane, Generalbevollmächtigter für Stadtteilentwicklung, Le Havre Süd

Ouahid.Dorbane@ville-lehavre.fr

BRISTOL (VEREINIGTES KÖNIGREICH)

Eingliederung behinderter Jugendlicher



Gesamtkosten: 342 575 EUR

EU-Beitrag: 169 938 EUR

„Das Eingliederungsprojekt ‚Just CHIL‘ (Just Children Helping Inclusion by Listening / Bloß Kinder, denen man durch Zuhören bei der Eingliederung hilft) ist eine innovative Antwort auf die Bedürfnisse behinderter Jugendlicher mit Lern- und Verhaltensproblemen. Eine lokale Untersuchung hat gezeigt, dass bei dieser Gruppe ein besonders hohes Risiko bestand, aus der Schule ausgegrenzt zu werden und sich asozial oder sogar gewalttätig zu verhalten, und dass gleichzeitig das herkömmliche Schulsystem allein nicht in der Lage war, ihre komplexen Bedürfnisse zu erfüllen. Das Projekt richtet sich an die schwierigsten Jugendlichen. Es arbeitet mit einem auf die Person und Gleichaltrige in ähnlicher Situation ausgerichteten Ansatz und versucht, den Jugendlichen in die Lage zu versetzen, sein Verhalten wahrzunehmen und zu ändern. Die Kurse umfassen den Umgang mit Wut, Verhandlung, Konfliktlösung, Staatsbürgerschaft wie auch Kompetenzen, die die Teilnehmer in ihrem Alltag einsetzen werden. Das Projekt hat eine beachtliche Wirkung erzielt: Die 60 Jugendlichen, die die Ausbildung abgeschlossen haben, machen bisher große Fortschritte im Hinblick auf ihr Verhalten, den Schulbesuch und ihre Entwicklung hin zu einer Beschäftigung. Einer jungen Frau wurde der Preis des Prinzessin-Diana-Memorials, eine Auszeichnung für Gemeinschaftsarbeit, verliehen, vier Jugendliche haben sich der Lenkungsgruppe des URBAN-Programms angeschlossen und wieder andere sind in verschiedenen Vereinen tätig.“

Steve Morris, Leiter des URBAN-II-Programms South Bristol

s_morris@bristol-city.gov.uk

www.southbristolurban2.co.uk

SAMBREVILLE (BELGIEN)

Ausbildung in Gebäuderenovierung



Gesamtkosten: 202 057 EUR

EU-Beitrag: 101 028 EUR

„Dieses Projekt soll benachteiligten Personen – hauptsächlich Männern – ermöglichen, wieder soziale Beziehungen aufzubauen, aber auch am Ende der Ausbildung eine Zertifikat über den erfolgreichen Abschluss in verschiedenen Bereichen des Baus und der Renovierung (Mauer- und Malerarbeiten, Deckenherstellung, Elektrizität usw.) zu erhalten. Dank dieses Zertifikats können sie eine Arbeit im Bausektor finden oder eine zusätzliche, höher qualifizierte Ausbildung absolvieren. Das Endziel besteht darin, 60 Personen auszubilden und diesen jeweils 820 Ausbildungsstunden zu widmen. 30 Personen werden auf diese Weise direkt wieder Arbeit finden. Es geht auch darum, den Teilnehmern zu zeigen, wie man historische Gebäude renoviert. Bisher konnten dank der Ausbildung bereits zwei Stadtteilzentren und ein Gebäude renoviert werden.“

Philippe Lhomme und **Laurent Warnon**, Gruppe für technische Unterstützung bei URBAN, Kommunalverwaltung von Sambreville

urban@commune.sambreville.be

DUBLIN (IRLAND)

Die Bewohner verschönern ihre Umwelt



Gesamtkosten: 505 437 EUR

EU-Beitrag: 233 120 EUR

„Im Dubliner Viertel Ballyfermot gab es viele unbebaute Grundstücke, die brach lagen und die Gegend verschandelten. Im Jahr 2002 wurde ein URBAN-Projekt gestartet, um die Bewohner zu ermutigen, sich selbst um die Sanierung dieser Räume zu kümmern. Die finanzielle Unterstützung war an mehrere Bedingungen geknüpft: Es musste sich um nachhaltige, nach Rücksprache mit den Bewohnern des Viertels festgelegte Projekte handeln, die auf Freiwilligkeit basierten und auf die Verbesserung und den Schutz der Umgebung abzielten. Die Projekte werden also durchweg von der lokalen Bevölkerung ausgearbeitet, umgesetzt und in Stand gehalten. Derzeit wird eine unabhängige Bewertung vorgenommen, aber schon jetzt ist festzustellen, dass das Programm das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem Viertel erhöht und die Bewohner dazu angeregt hat, lokale Probleme gemeinsam, auf offene und partizipative Weise in Angriff zu nehmen. Es hat dazu geführt, dass sehr gute Nachbarschaftsbeziehungen entstanden sind, der Vandalismus zurückgegangen ist und die Bewohner sich in ihrem Viertel richtig zu Hause fühlen.“

Caitriona Ryan, Leiterin des URBAN-Programms Ballyfermot

Caitriona@urbanbl.ie

www.urbanbl.ie



SCHWEDEN

„Jalla, Jalla“, ein Beitrag zu sozialer Eingliederung

Susan Runsten, Koordinatorin des URBAN-II-Programms Göteborg

Göteborg liegt an der schwedischen Westküste; mit seinen 485 000 Bewohnern ist es die zweitgrößte Stadt des Landes. Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat Göteborg tief greifende strukturelle Veränderungen erfahren. Die Wirtschaft der Stadt, die früher weitgehend von ihrer Industrie, ihrem Hafen und ihren Werften abhängig war, hat sich erheblich entwickelt und umfasst inzwischen auch die IKT-Branche, Tourismus und Biomedizin.

Göteborg ist nun eine blühende, wachsende Stadt. Aber auch eine Stadt mit ernststen Problemen. Diese hängen in erster Linie mit der sozialen Ausgrenzung zusammen, die als Reaktion auf den Zustrom von Asylanten und ihrer Familien in den 80er und 90er Jahren gesehen werden kann. Außerdem gibt es gewaltige demographische Unterschiede und Ungleichheiten zwischen verschiedenen Stadtteilen. Heute kommen 20 % der Göteborger Bevölkerung im Ausland zur Welt. Die Einwanderer konzentrieren sich größtenteils im Nordosten der Stadt, wo die Arbeitslosigkeit hoch und das Bildungsniveau niedrig ist. Als Göteborg die Chance bekam, ein URBAN-II-Programm durchzuführen, wurde beschlossen, einen Teil der Beihilfe in die Entwicklung und Aufwertung der Humanressourcen in diesen Gegenden zu investieren, mit besonderem Gewicht auf Bildung und Beschäftigung.

Eines der von URBAN II geförderten Projekte ist „Jalla, Jalla“ (Vorwärts, vorwärts!). Jalla, Jalla wird von dem Erwachsenenbildungsverein Medborgarskolan in Zusammenarbeit mit dem schwedischen Arbeitsamt und einem lokalen Fußballclub namens GAIS durchgeführt. Das Projekt soll langzeitarbeitslosen Einwanderern helfen, einen Job zu finden. Es vermittelt ihnen Schwedisch- und Computerkenntnisse, verbunden mit sozialen Kontakten und praktischer Bürgererziehung in Rahmen einer NRO.

Für Fußball interessieren sie sich alle, und GAIS bietet ihnen die Möglichkeit, sich Fußballspiele anzusehen, aber auch selbst Fußball zu spielen und mit den Sponsorfirmer in Kontakt zu kommen. Über das schwedische Arbeitsamt sind mehrere Betriebe, die neue Mitarbeiter einstellen wollen, mit dem Projekt verbunden. Diese einzigartige Kombination aus Erwachsenenbildung, Freizeitaktivitäten und Vernetzung mit Arbeitgebern hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen. Jalla, Jalla wurde vom EFRE mit 338 300 Euro ausgestattet, um zwischen März 2004 und Dezember 2006 insgesamt 60 Teilnehmer zu unterstützen. Von dem Projekt wurde einiges erwartet, beispielsweise dass es 20 von ihnen eine Beschäftigung für ein Jahr oder länger verschaffen sollte – ein Ziel, das bereits im Oktober 2005 erreicht war. Außerdem hatten 18 der 45 Teilnehmer zu diesem Zeitpunkt über das Projekt kurzfristige Arbeitsplätze gefunden.

Eine der Stärken des Projekts Jalla, Jalla ist die Tatsache, dass für alle Beteiligten die Beschäftigung im Vordergrund steht. Das Ziel besteht nicht darin, die Ausbildung vor Antritt der Beschäftigung zu beenden, vielmehr geht es darum, sich dem Arbeitsmarkt Tag für Tag einen Schritt zu nähern. Dieser Ansatz führte sehr rasch zu greifbaren Ergebnissen, das heißt zu Jobs für einige der Teilnehmer, was wiederum die

anderen Gruppenmitglieder ermutigt und motiviert: „Wenn er es schafft, kann ich es auch schaffen. Ich werde versuchen, mein Bestes zu geben!“

In einer Untersuchung über die lokale Partnerschaft in URBAN II Göteborg wurden zehn Projekte geprüft und verglichen, um herauszufinden, auf welche Weise verschiedene Akteure zusammenarbeiten und wie das Gelingen des Projekts dadurch beeinflusst wird. Laut dieser Studie ist für den Erfolg unter anderem entscheidend, dass die Zielsetzungen des Projekts strategischer Art sind und mit dem Gesamtziel übereinstimmen. Auch sollten diese Ziele für das Projekt erreichbar sein. Dies wiederum führt zu konkreten Ergebnissen, und das ist wohl der wichtigste Faktor, um auf allen Ebenen der Partnerschaft echtes Engagement auszulösen. Jalla, Jalla zeigt beispielhaft, wie dies funktioniert.

Auch die komplementäre Partnerschaft im Rahmen von Jalla, Jalla trägt zum Erfolg des Projekts bei. Medborgarskolan, das schwedische Arbeitsamt und GAIS haben verschiedene Kompetenzen und Perspektiven, so dass dem Projekt vielfältige Ressourcen zur Verfügung stehen. Außerdem hat jeder Partner andere Aufgaben und Funktionen. Diversität in einer Partnerschaft ist eine gute Sache!

In den letzten zehn Jahren hat Göteborg sowohl nationale als auch europäische Fördermittel für die Arbeit in benachteiligten Vierteln, mit ethnischen Minderheiten und Einwanderern erhalten. Diese Initiativen haben die Lebensbedingungen verbessert und attraktivere Nachbarschaften entstehen lassen. Neue Methoden und Strategien wurden entwickelt, um das demokratische Bewusstsein zu fördern, Bildungseinrichtungen an die mit Mehrsprachigkeit verbundenen Bedingungen anzupassen und die lokale Wirtschaft zu stärken. Allerdings gibt es in Verbindung mit den gebietsbezogenen URBAN-Initiativen auch Probleme. Einschlägige Bewertungen haben gezeigt, dass man, wenn man sich auf bestimmte Gebiete oder Bevölkerungsgruppen konzentriert, der Stigmatisierung genau dieser Stadtviertel oder ihrer Bewohner sogar noch Vorschub leisten kann. Außerdem besteht die Gefahr, dass man sich bei der Untersuchung der Probleme und der möglichen Lösungen für Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung ausschließlich auf die benachteiligten Gebiete fokussiert, anstatt sie in ihrem Zusammenhang mit der Stadt und der Region im Ganzen anzugehen.

Die künftige Herausforderung besteht darin, diese Hindernisse durch solide Strategien zu überwinden, durch Strategien, die den Kampf gegen soziale Ausgrenzung in den Städten mit dem umfassenden Ziel der regionalen Entwicklung und des regionalen Wachstums verknüpfen. Jalla, Jalla macht deutlich, wie wichtig es ist, sich auf das Potenzial zu konzentrieren, das in jedem Menschen steckt. Und wir sollten weiterhin daran glauben, dass sich in einer wirklich integrativen und multikulturellen Stadt eine Menge erreichen lässt.

Kontakt: susan.runsten@stadshuset.goteborg.se

TSCHECHISCHE REPUBLIK

„Ein Projekt aus dem Untergrund“

Lumíra Kafková, Direktorin der Verwaltungsbehörde für das Ziel-2-Programm Prag



Drüber und drunter: Umbauarbeiten in der U-Bahn-Station Florenc B. in Prag.

Das Ziel-2-Programm für Prag soll die tschechische Hauptstadt zu einer dynamischen europäischen Metropole machen, die ihres Ranges würdig ist.

2004 und 2005 haben wir vier Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, die zur Auswahl von 148 Projekten geführt haben. Diese werden vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit insgesamt 100 Millionen Euro unterstützt. Die meisten dieser Projekte, vor allem die mit den höchsten Investitionen verbundenen Vorhaben, wurden von der Stadt und den verschiedenen Prager Bezirken vorgeschlagen. Besonders interessant ist es, Projekte anzuregen, die auf die Verbesserung der öffentlichen Beförderungsmittel abzielen.

Das Projekt, um das es hier geht, soll die Eingliederung von Menschen mit reduzierter Mobilität verbessern, gleichzeitig aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern und die städtische Umwelt attraktiver machen.

Das Projekt besteht im Wesentlichen darin, einen behindertengerechten Zugang zur U-Bahn-Station Florenc B. zu schaffen. Zu diesem Zweck werden zwei Aufzüge installiert; der erste bringt die Fahrgäste von den Bahnsteigen zu den Verbindungsgängen, der zweite setzt sie auf der Höhe der Straße ab. Ergänzt wurden diese Investitionen durch ein Signalsystem und andere zweckmäßige Ausrüstungen.

Nach seiner Vollendung wird dieses Projekt den öffentlichen Transport und die Zugänglichkeit der betroffenen Viertel erheblich verbessern. Es gibt 35 000 Prager mit behinderter Mobilität. 4000 von ihnen sitzen im Rollstuhl. Dank der Möglichkeit, die U-Bahn zu nehmen, ohne dabei Hindernisse wie etwa Schranken überwinden zu müssen, werden sie das Stadtzentrum und wichtige Verkehrsknoten wie etwa den Eisenbahn- und den Autobusbahnhof einfacher erreichen. Dies wird ihnen auch

helfen, sich leichter in den Arbeitsmarkt mit seinen 14 000 Unternehmen und 12 000 Selbstständigen einzugliedern.

Die Arbeiten laufen zwischen September 2005 und März 2007 in zwei Phasen ab. Die erste ist inzwischen abgeschlossen. Die förderfähigen Kosten des Projekts belaufen sich auf insgesamt 2 110 638 EUR, die zu 50 % vom EFRE getragen werden. Der tschechische Staat steuert 33,1 % des Betrags bzw. 698 621 EUR zu dem Projekt bei, den Rest (16,9 % bzw. 356 698 EUR) übernimmt die Stadt Prag.

Das Projekt, das in Partnerschaft mit dem regionalen Koordinator für integrierten Transport in Prag und dem nationalen Rat behinderter Personen durchgeführt wird, entspricht dem generellen Wunsch unserer Gesellschaft, die Lebensbedingungen von Menschen mit reduzierter Mobilität zu verbessern und ganz allgemein die Bedürfnisse schwächerer Bevölkerungsgruppen zu erfüllen.

Wie jede Maßnahme, die hilft, die Geschwindigkeit und den Komfort von Fahrten zu erhöhen, dient auch diese langfristig der Förderung öffentlicher Transportmittel.



Kontakt: Ministerium für regionale Entwicklung, MA SPD 2, Staroměstské sq. 6, CZ-110 15, Prag 1,
E-Mail: jpd2@mmr.cz
Web: www.strukturalni-fondy.cz/jpd2

GRAZ (ÖSTERREICH)

„Graz, Stadt des Wissens“



Gesamtkosten: 4 200 570 EUR

EU-Beitrag: 200 000 EUR

„Dank des integrierten Projekts ‚Stadt des Wissens‘, das von der Steirischen Wirtschaftsförderung (SFG) durchgeführt und vom Programm URBAN mitfinanziert wird, verfügen die westlichen Stadtviertel von Graz künftig über ein neues Zentrum für innovative Unternehmen. Ziel ist, den im Bereich neuer Technologien und insbesondere Gesundheitstechnologien (medizinische Technologien, Bioanalysen usw.) tätigen Unternehmen angemessene Räumlichkeiten anzubieten. Das Zentrum möchte überdies den Absolventen der nahe gelegenen Universität eine attraktive Möglichkeit bieten, vom Studium ins Arbeitsleben überzuwechseln. Über die Förderung der Gründung und Ansiedlung von Unternehmen hinaus möchte sich das Projekt zu einem Wissenszentrum für die gesamte Region entwickeln.“

Christian Nussmüller, Direktor des URBAN-Programms
Link GrazWest, Stadt Graz

urban@stadt.graz.at

www.urban-link.at (www.graz.at)

TURIN (ITALIEN)

Instandsetzung der Piazza Livio Bianco



Gesamtkosten: 2 226 885 EUR

EU-Beitrag: 914 998 EUR

„Die am südwestlichen Stadtrand von Turin gelegene Piazza Livio Bianco steht im Zentrum der Instandsetzungsstrategie, die im URBAN-Gebiet der piemontesischen Hauptstadt zum Einsatz kommt. Die Sanierung des Platzes, von den Städtern und den einschlägigen Vereinen seit langem gefordert, soll einen neuen Mittelpunkt des sozialen und kulturellen Lebens in dem Viertel schaffen, wobei gleichzeitig alles getan wird, um seinen Verfall zu verhindern und gesellschaftliche Außenseiter fernzuhalten. Die Mitwirkung der Bevölkerung des Viertels ist der Motor, der das gesamte Vorhaben voranbringt, von seiner Planung (durch einen öffentlichen Wettbewerb und die Abstimmung der Bewohner) bis zur Verwaltung des Platzes nach Abschluss der Arbeiten. Im Jahr 2004 wurde zur Ausführung dieser Aufgabe eigens ein Verein gegründet, der „Piazziamoci in Piazza“ (Lasst uns Platz nehmen auf dem Platz). Sie koordiniert die kulturellen Aktivitäten während des Jahres und sorgt dafür, dass die Bewohner des Viertels weiterhin aktiv mitwirken.“

Gianfranco Presutti, Projektleiter, URBAN-II-Programm
Turin

gianfranco.presutti@comune.torino.it

www.comune.torino.it/urban2

HERAKLION (GRIECHENLAND)

Belebung krisenbetroffener Viertel



Gesamtkosten: 10 913 948 EUR

EU-Beitrag: EUR 8 185 461 EUR

„An der Westküste von Heraklion hat der sozioökonomische Niedergang bereits zahlreiche Spuren hinterlassen: hohe Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, verfallene Umgebung... Das URBAN-Programm soll in erster Linie die wirtschaftliche und soziale Belebung dieser Stadtgebiete fördern. Die zur Verwirklichung dieses Ziels ergriffenen Maßnahmen sind durchweg auf Innovation, Nachhaltigkeit und Entwicklung von Kompetenzen ausgerichtet. Es geht darum, Orte zu schaffen, die Besucher anziehen, aber auch den Bewohnern Beschäftigungschancen zu eröffnen, indem der lokale Arbeitsmarkt stimuliert und eng mit der Küste verknüpft wird.“

Kyriaki Manola-Goundra, Direktorin der Verwaltungsbehörde für die URBAN-II-Programme in Griechenland
k.manola@mou.gr

VANTAA (FINNLAND)

Familienzentrum für Einwanderer



Gesamtkosten: 210 000 EUR

EU-Beitrag: 57 000 EUR

„Auch in Finnland wächst die eingewanderte Bevölkerung, und es ist wichtig, ihre Ghettoisierung und Radikalisierung zu verhindern. Dieses Ziel vor Augen, hat das URBAN-II-Programm von Vantaa, in der Nähe von Helsinki, die Schaffung eines Familienzentrums unterstützt, das eingewanderten Eltern Hilfe und Beratung in Bezug auf die Gesundheitsversorgung und Bildung ihrer Kinder anbietet und sich dabei verschiedener praktischer Methoden bedient. Die Einrichtung fördert die Eingliederung und dient als Treffpunkt zwischen finnischen Frauen und Einwanderinnen. In diesem ‚kundenorientierten‘ Zentrum können die Familien konkrete präventive Hilfe bekommen und an Gruppenaktivitäten teilnehmen. Die Gruppen werden von den Mitarbeitern des Zentrums – Kinderschwestern, Familienhilfen, Psychologen, Krankenschwestern, Sozialarbeitern – geleitet, die im Rahmen eines transversalen und integrierten Ansatzes eng zusammenarbeiten, so dass die Kohärenz und Kontinuität der Unterstützung gewährleistet ist.“

Jukka-Pekka Sorjonen, Direktor des URBAN-II-Programms Vantaa

jukka-pekka.sorjonen@vantaa.fi

www.urbanfinland.info

2007–13: Vorbereitung der neuen Programmgeneration mit der Inforegio-Website

Die Mitgliedstaaten und die Regionen bereiten den nächsten Programmplanungszeitraum 2007-2013 vor. Die Inforegio-Website enthält eine Fülle wichtiger Informationen und Dokumente für alle daran beteiligten Akteure. Ziel ist, den Austausch zwischen ihnen zu vereinfachen und die Öffentlichkeit über die erreichten Fortschritte zu informieren. Mit Ihren Fragen und Beiträgen können Sie sich jederzeit an die Generaldirektion Regionalpolitik wenden.

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/funds/2007/index_de.htm

